

Tutzingener Blätter

B 13829
ISSN 0930-732X

€ 3,00

No: 01 / 2012

DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT



Der wachsende internationale Terrorismus, die Weltfinanzkrise oder weitere militärische Interventionen – die Welt steht vor neuen Herausforderungen und die Erwartungen der Weltgemeinschaft an Deutschland sind groß.

Inhalt



Deutschlands Rolle in der Welt

Die globalen politischen Umbruchsituationen, aber auch die veränderten Gefahrenlagen in der Welt erfordern von Deutschland eine klare Positionierung zu seiner Außen- und Sicherheitspolitik.

> Mehr über die Herbsttagung des Politischen Clubs auf Seite 2

Prof. Dr. Horst Teltschik



Postfossile Revolution

Die Menschheit steht in den kommenden Jahren am Anfang der historischen Transformation vom fossilen zum postfossilen Zeitalter. Dieser Übergang ist so epochal wie die industrielle Revolution.

> Ein Bericht von Klaus Kümmerer auf Seite 12



Staatsbesuch aus Südafrika

Akademiedirektor a.D. Friedemann Greiner und EFSA-Direktor Renier Koegelenberg sowie Akademiedirektor Udo Hahn (v.l.) begrüßten die südafrikanische Oppositionsführerin und Regierungschefin der Provinz Westkap, Helen Zille, die über Südafrikas Weg zur Zivilgesellschaft referierte.

> Mehr darüber auf Seite 20



Die Tutzing Schülerakademie

Das Thema „Nachhaltigkeit in europäischer Realität“ wurde auf der nunmehr 6. Tutzing Schülerakademie von den Gymnasialisten in Zusammenarbeit mit Fachleuten, Wissenschaftlern und Praktikern umfassend erörtert.

> Eindrücke und ein Bericht auf Seite 25

- 2 **Deutschlands Rolle in der Welt**
Herbsttagung des Politischen Clubs
Horst Teltschik: Wie erfolgreich ist die deutsche Sicherheitspolitik?
Christian Schmidt: Die Rolle der Bundeswehr in der Welt von heute
- 10 **Die „Tutzing Rede“**
Hans-Jürgen Papier: Die Zukunft der Demokratie
- 12 **Postfossile Revolution!**
Abschied vom fossilen Kapitalismus
Klaus Kümmerer: Der Übergang ins postfossile Zeitalter – Übersehene Knappheiten
- 15 **Kanzelrede**
Hildegund Holzheid: Politikberatung durch Ethikräte. Das Beispiel Präimplantationsdiagnostik (PID)
- 18 **Bildung der Zukunft**
Zwischen Qualifizierung und Orientierung
Hans Jürgen Luibl: Die Bildungskonsultation der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)
- 19 Veranstaltungskalender
- 20 **Südafrika-Konsultation**
Helen Zille: Politisches Handeln und das Engagement der Zivilgesellschaft im Rahmen von Bayern und Südafrika
- 22 **Besuch in Taiwan**
Eine Einladung des Außenministeriums der Republik China (Taiwan)
- 23 **Der „Medientreff“ im Münchner PresseClub**
Axel Schwanebeck: „Glaube - (K)ein Medienthema!?“
Eindrücke von dem ersten „Medientreff“
- 25 **Die 6. „Tutzing Schülerakademie“**
Nachhaltigkeit in europäischer Realität.
Einblicke und Beispiele *Gabriele Beulke, Jakob Thebe, Pia Amann*: „... muss nur noch kurz die Welt retten!“
- 28 **In eigener Sache**
Amtseinführung von Judith Stumptner
Landesbischof *Johannes Friedrich* mit „Tutzing Löwen“ ausgezeichnet
Neuer Kooperationsvertrag mit Südafrika
Frank Kittelberger - neuer Medizinethik-Studienleiter
- 30 **Freundeskreis**
Verleihung des Freundeskreiszeichens an *Luise Dietzfelbinger*
Freundeskreis in Landshut: Wechsel im Leiterteam
Bayerntag in Kronach
Sommertagung: Reformation und Musik
Studienreisen des Freundeskreises
- 32 Publikationen / Impressum

Andacht

Heide Wunderer: Geistvoll sprudelndes Leben



Akademiedirektor Udo Hahn

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die aktuelle Ausgabe der „Tutzing Blätter“ erscheint mit neuem Layout – und in Farbe! Ich hoffe, dass Ihnen das Heft gefällt – inhaltlich und optisch. Für eine so renommierte Einrichtung wie die Evangelische Akademie Tutzing ist es wichtig, in ihrer Außendarstellung erkennbar zu sein. Heute bezieht sich das nicht mehr allein auf das Logo, den Tutzing Löwen, sondern auf die Halbjahresprogramme, die Einzelprogramme, die Homepage www.ev-akademie-tutzing.de, Briefbögen, Visitenkarten, die „Tutzing Blätter“ und anderes mehr. Konkret geht es um das Corporate Design, die Unternehmenserscheinung. Sie ist ein Teilbereich der Identität einer Organisation, die Corporate Identity genannt wird – und weitere Elemente umfasst, bis hin zur Architektur.

Die schönste Optik nützt freilich nichts, wenn das Qualitätsversprechen in der Praxis nicht bestätigt wird. Beides gehört zusammen: hochkarätige Tagungen in einem stilvollen Haus, das seine Gäste wie gute Freunde behandelt. Das ist der Maßstab, an dem wir uns messen lassen.

Wenn Sie unser aktuelles Halbjahresprogramm ansehen, dann werden Ihnen eine Reihe von Innovationen auffallen. So wollen wir den „Medien“ mehr Aufmerksamkeit schenken, weil es sich um ein gesellschaftspolitisches Thema von großer Bedeutung handelt. Im „Medientreff“ der Evangelischen Akademie Tutzing im Münchner PresseClub haben wir eine neue Veranstaltungsreihe begründet, die speziell den Dialog mit Medienmachern fördern soll. „Aus aktuellem Anlass“ nennen wir ein Format, das zu regelmäßigen Diskussionsrunden am Abend in die Akademie einlädt. Und bei der „Tutzing Rede“ – um ein drittes Beispiel zu nennen – handelt es sich um eine neue Kooperation mit dem örtlichen Rotary Club. Zukunftsfragen stehen dabei im Mittelpunkt – zum Auftakt im November 2011 mit dem langjährigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier. Mit dieser Reihe verbindet sich auch ein Benefiz-Aspekt, um das weltweite Sozialprojekt der Rotarier „End Polio Now“ zu unterstützen. Und dann ist da noch ein so genanntes Barcamp – eine Tagung, deren Agenda und Inhalte von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst gestaltet werden. Ein Experiment in der Verantwortung von Judith Stumptner, die das Referat „Kunst Kultur, Bildungspolitik und Pädagogik“ leitet. Haben wir Sie neugierig gemacht? Prima – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Ihr Udo Hahn

Herbsttagung des Politischen Clubs

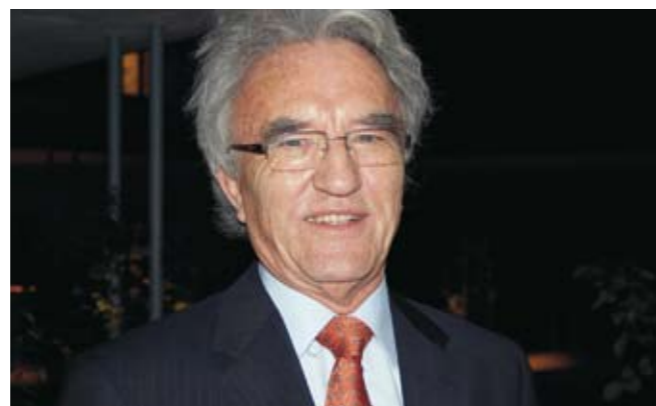
DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER WELT

Mit der deutschen Wiedervereinigung war die Ordnung des Kalten Krieges obsolet geworden. Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik musste sich neu formieren. Jetzt steht sie vor neuen Herausforderungen – dem wachsenden internationalen Terrorismus, der Weltfinanzkrise und einem weiteren militärischen Engagement. Es stellt sich die Frage, welche Rolle Deutschland in der Welt unter diesen veränderten Vorzeichen einnehmen soll?

Die Herbsttagung des Politischen Clubs ließ Politiker, Journalisten und Wissenschaftler zu Wort kommen, die darüber berieten, wie unser Land konkrete Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen kann und was eigentlich die Grundprinzipien unserer Außen- und Sicherheitspolitik sind.

Nachfolgend geben wir in Auszügen die Positionen von Professor *Horst Teltschik*, ehemaliger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, und von *Christian Schmidt* (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, aus der kontroversen Debatte wider:

Horst Teltschik



Professor Dr. *Horst Teltschik*, ehemalige Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz

Wie erfolgreich ist die deutsche Sicherheitspolitik?

Sie ist außerordentlich erfolgreich: Deutschland erlebt die längste Friedenszeit seiner Geschichte. 66 Jahre Frieden hat es in der deutschen Geschichte vorher nie gegeben. Heute lebt eine Generation

Foto: Schwanebeck

in Deutschland, für die der Ost-West-Konflikt bereits Geschichte ist. Nachbarvölker wie die Franzosen, die noch bis 1945 als Erzfeinde Deutschlands galten, sind heute unsere engsten Partner und Freunde. Das geteilte Deutschland wurde friedlich geeint. Bundeskanzler Helmut Kohl konnte am Tag nach der Wiedervereinigung im Deutschen Bundestag feststellen: Deutschland habe zum ersten Mal in seiner Geschichte keine Feinde mehr.

Die Sowjetunion hat sich in 15 souveräne Republiken aufgelöst. Der Warschauer Pakt existiert nicht mehr. 500.000 russische Truppen sind friedlich aus Mitteleuropa abgezogen. Der Ost-West-Konflikt ist beendet. Im November 1990 unterzeichneten in Paris alle 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Staaten die "Charta für ein neues Europa". Gemeinsames Ziel war es, eine Gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok zu schaffen, ein Gemeinsames Haus, wie es Gorbatschow genannt hatte, in dem alle die gleiche Sicherheit genießen. Welch' ein Traum!

Zuletzt: Es ist gelungen, die a-symmetrischen Bedrohungen wie Terrorismus, Cyberwar-Attacken, organisierte Kriminalität, Pandemien unter Kontrolle zu halten. Umweltprobleme und Klimawandel sind im Bewusstsein der Politiker und der Bürger stark verankert. Diese unglaubliche Erfolgsgeschichte ist möglich geworden, weil es nach dem Zusammenbruch 1945 Politiker gab, die Visionen hatten, die langfristige Ziele entwickelten, die strategisch denken konnten und gegen alle Widerstände konsequent ihren Weg gingen.

Wie stellt sich die Sicherheitspolitik heute dar?

Ist Deutschland sicher,

- wenn die Verdrossenheit der Bürger über Politiker und über Parteien, über Wirtschaftsführer und Banker kontinuierlich zunimmt,
- wenn 85% der Bürger glauben, dass die meisten Politiker nicht wissen, was im wirklichen Leben los ist und 80% der Überzeugung sind, dass in Deutschland wichtige Entscheidungen getroffen werden, ohne dass die Interessen der Menschen wirklich berücksichtigt werden;
- wenn in wachsendem Maße Partikularinteressen Priorität vor dem Gesamtwohl bzw. dem Gemeinwohl haben;
- wenn die Forderung nach mehr Partizipation der Bürger das Prinzip der repräsentativen Demokratie gefährdet;
- wenn Marktwirtschaft und Privateigentum immer stärker diskreditiert werden;
- wenn 75% der Deutschen glauben, dass es in Deutschland nicht gerecht zugeht (in Ostdeutschland 83%);
- wenn Funktionseliten sich immer häufiger der Übernahme politischer Verantwortung entziehen;
- wenn die demographische Entwicklung den Solidarvertrag zwischen den Generationen außer Kraft setzt;
- wenn sich unsere "Bürgerfreiheit allmählich in eine Abhängigkeit von staatlicher Vormundschaft" verwandelt (Kurt Biedenkopf);
- wenn wirtschaftliches Wachstum über mehrere Jahre stagniert oder sich gar rückläufig entwickelt?

Stellt sich nicht längst die Frage nach der Zukunft unserer demokratischen und marktwirtschaftlichen Ordnung in einer kompetitiven Welt, in der autoritäre Systeme plötzlich wettbewerbsfähiger und damit erfolgreicher erscheinen als demokratische Staaten? Tragen wir nicht selbst in gefährlicher Weise dazu bei, dass politische und wirtschaftliche Entwicklungsmodelle wie China und Singapur weltweit an Attraktivität und Vorbildcharakter gewinnen?

Ist Deutschland wirklich noch sicher,

- wenn heute nicht nur der EURO, sondern die EU selbst, das größte und erfolgreichste Friedenswerk, das die Europäer je erlebt haben, nicht nur kritisiert sondern immer stärker in Zweifel gezogen werden;
- wenn Bundes- und Landespolitiker, die für die Entscheidungen in Brüssel ja verantwortlich sind, sie in ihren eigenen Parlamenten und in der Öffentlichkeit ständig kritisieren und sich dann auf Volkes Stimme berufen, die häufig genug nur das Echo dessen ist, was Politiker und Medien ständig an Meinungsmache gegen die EU wiederkäuen?

Die EU und die enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit Frankreich sowie die Atlantische Allianz und die Partnerschaft mit den USA waren für alle Regierungen nicht nur die tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik, die die Entspannungspolitik und die deutsche Einheit erst möglich machten. Sie waren die Garanten für Frieden und Sicherheit und sind es heute noch.

Gefahren für die deutsche Sicherheit

Frieden in und um Deutschland seit sechs Jahrzehnten scheint uns übermütig zu machen. Er ist zu selbstverständlich geworden. Sicherlich – wir haben keine Feinde mehr an unseren Grenzen, keine Konflikte. Unsere Grenzen heute sind aber die der Europäischen Union mit einer Vielzahl von beunruhigenden Nachbarschaften:

1. Weißrussland ist noch immer ein autoritäres Regime. Alexander Lukashenko ist ein begabter Schachspieler, der ständig neue Konfliktfelder eröffnet, heute mit Polen und damit mit der EU, andern Tags sogar mit seinem engsten Partner Russland. Am Ende geht es ihm ausschließlich um den Erhalt seiner Macht. Und wir lassen ihn gewähren.

2. Genauso kennen wir seit 20 Jahren die "frozen conflicts": den Konflikt Transnistrien und der Republik Moldau; Georgien und das ungelöste Problem Nargorny Karabach zwischen Armenien und Aserbeidjan; Konflikte vor unserer Haustür seit 20 Jahren und plötzlich kam es 2009 in Georgien zum heißen Krieg. Russland schuf neue Fakten. Der Westen hat sich damit erst einmal abgefunden.

3. Für die Ukraine hat sich der Westen erst interessiert, als sich die orangefarbene Revolution ereignete. Er hegte die Hoffnung, dass damit der Weg zu politischen und wirtschaftlichen Reformen geebnet sei. Heute ist die Bilanz mehr als ernüchternd: Das Land ist weiterhin gespalten, geprägt von politischem Chaos und wirtschaftlichem Niedergang, von Korruption und sozialem Elend. Der neue Präsident, Viktor Yanukovich, hat mit seinen Reisen zur EU nach Brüssel und nach Moskau angedeutet, dass er die Position der Ukraine wieder in eine Balance zwischen diesen beiden Seiten zu brin-

„Wir Deutschen müssen in der Welt mehr Verantwortung übernehmen. Es wird keinen nationalen ‚Naturschutzpark Deutschland‘ geben.“

Professor Dr. Horst Teltschik

gen beabsichtigt. Sein tatsächliches Verhalten zeigt, wie unberechenbar er bleibt.

4. Von strategischer Bedeutung ist Zentralasien, eine Krisenregion zwischen Russland, China und der EU, reich an Öl- und Gas-Ressourcen, von großer Bedeutung für die Kriegführung in Afghanistan, für den Kampf gegen den Terrorismus, als Durchgangsregion für Drogen und als Nachbargebiet zu Pakistan und Iran. Kein Wunder, dass neben Russland, China, die USA und die EU auch Akteure wie die Türkei, Indien und der Iran versuchen, Einfluss auf die Staaten Zentralasiens zu nehmen. Die Staaten Zentralasiens selbst haben das Interesse, dass keiner dieser Akteure die Region dominiert. Sie streben deshalb eine Kooperation mit allen Akteuren an, um sie gegenseitig auszubalancieren. Zentralasien gilt als eine der autoritärsten, korruptesten und ärmsten Regionen der Welt. Seine Eliten wollen den Status quo ihrer Machtbasis sichern. Jede Transformation würde sie gefährden.

Welch' eine Gemengelage! Was für ein potentieller Krisenherd - vor der Haustür Europas!

5. Ein potentieller Krisenherd in Europa bleibt der Balkan. Die Nationalitätenkonflikte zwischen Serbien und Kosovo, in Bosnien-Herzegowina und in Mazedonien bleiben virulent. Nur die Anwesenheit internationaler Streitkräfte verhindert einen offenen Konflikt. Eine dauerhafte Lösung wird nur über eine Mitgliedschaft in der EU und in der NATO zu erreichen sein. Das bleibt aber ein schwieriger Weg.

6. Bleibt uns die Frage: Wohin geht Russland? Aus meiner Sicht muss jede deutsche Bundesregierung für eine enge Zusammenarbeit mit Russland sein, bilateral und gemeinsam mit der EU und der NATO. Entweder entwickeln wir enge Beziehungen mit Russland im Rahmen der bestehenden Institutionen oder wir schaffen einen neuen gemeinsamen Rahmen, wie ihn Präsident Medwedew vorgeschlagen hat. Konkret hieße das:

(a) Die EU und Russland bilden eine Art „privilegierte Partnerschaft“ ähnlich des Vorschlages der Bundeskanzlerin gegenüber der Türkei. Seit über drei Jahren wird über ein Folgeabkommen des Vertrages über Partnerschaft und Zusammenarbeit verhandelt. Keine Seite sorgt für Bewegung. In der Bundesregierung herrscht darüber Schweigen im Walde.

(b) Wir entwickeln die Beziehungen zwischen der NATO und Russland weiter - so ein Vorschlag der Bundeskanzlerin, den sie aber nie konkretisiert hat, mit dem Ziel, dass Russland langfristig ein Mitglied der Atlantischen Allianz wird.

(c) Wir wiederbeleben die OSZE und führen die Pariser Charta für ein neues Europa von 1990 nicht nur fort, sondern wir füllen sie mit neuem Leben und entwickeln sie weiter mit dem Ziel einer gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok, eine Ordnung, in der alle Mitglieder gleiche Sicherheit genießen. Ein stabiles und friedliches Gesamt Europa wäre die erfolgreichste Vorsorge vor den Gefahren, die sich vor allem aus der Region des größeren Mittleren Osten für uns und für die ganze Welt entwickeln.

7. Politische Lösungen müssen für den gesamten Mittelmeerraum und für den Mittleren Osten angestrebt werden - eine der heißesten Krisenregionen vor der europäischen Haustür.

Ausblick

Die genannten Beispiele zeigen, dass heute die Gefahren und Bedrohungen andere sind, als wir sie aus dem Kalten Krieg kennen. Heute haben wir es vorrangig mit regionalen Konflikten, mit Nationalitätenkonflikten oder Bürgerkriegen oder asymmetrischen Bedrohungen zu tun. Viele Bedrohungen sind in ihrer Art neu. Sie werden komplexer und haben vielfach eine globale Dimension. Sie können nicht mehr von Nationalstaaten allein beantwortet werden. Regionale und globale Zusammenarbeit wird immer dringlicher, d.h. für alle, auch für Deutschland. Wir brauchen dafür die Zusammenarbeit in der EU. Doch die EU wie die NATO im Falle Libyens werden nur erfolgreich zusammen arbeiten können, wenn einzelne oder mehrere Mitgliedsstaaten zur politischen Führung bereit sind, Initiativen ergreifen, Strategien entwickeln und Ressourcen bereit stellen. Deutschland sticht dabei nicht durch besondere Kreativität und Willenskraft hervor. Die aktuellen Krisen beweisen, dass wir auch zukünftig auf die Partnerschaft mit den USA angewiesen bleiben. Wir brauchen mehr denn je das Bündnis der Demokratien und Marktwirtschaften, um uns in einer multi-polaren Welt behaupten zu können. Deshalb werden auch wir Deutsche mehr internationale Verantwortung übernehmen müssen, ob wir wollen oder nicht. Es wird keinen nationalen „Naturschutzpark Deutschland“ geben.

Christian Schmidt



Christian Schmidt (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung

Die Rolle der Bundeswehr in der Welt von heute

Der Einsatz militärischer Gewalt als Instrument der Politik ist und bleibt die Kernfrage. Diese Frage führt dann zu der Herausforderung, dem Gewaltverbot auf der einen Seite und einer internationalen Verantwortung für die Sicherheit in der Welt auf der anderen Seite gleichzeitig nachzukommen. Beide Aufträge können auf das Grundgesetz und Völkerrecht zurückgeführt werden. Wir wollen uns verpflichten, die von allen gewünschte Stabilität der internationalen Beziehungen zu sichern und Voraussetzungen zu schaffen, um den Zusammenbruch von Staaten mit all seinen Folgen zu verhindern oder abzumildern. Unsere Aufgabe muss es schon sein,

Foto: Schwanebeck

deutsche Staatsbürger in extremen Notlagen im Ausland zu schützen, zu evakuieren und ihnen helfen zu können.

Berufung zur Verantwortung

Die außenpolitische Verantwortung Deutschlands wird unterschiedlich begründet: Moral, Mitmenschlichkeit, Völkerrecht, nationales Interesse. Jede dieser Begründungen hat ihre Berechtigung, reicht aber alleine halt nicht aus. Also, um der EKD Recht zu geben: Kein Krieg ist gerecht. Aber der Einsatz militärischer Mittel kann gerechtfertigt sein. Der Einsatz muss verantwortet werden, auch die Enthaltung muss verantwortet werden.

Übertreibungen in der Debatte gibt es. Der Vorwurf der „Militarisierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik“ ist eine politische Spielwiese, die aber mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat. Auch die Warnung vor der „Bundeswehr als Staat im Staate“ wird der Geschichte und Tradition der Bundeswehr nicht gerecht. Jeder, der in der Bundeswehr und für die Bundeswehr Verantwortung trägt, muss natürlich wissen, was im Namen von Gewalt und Militär in Deutschland passiert ist. Er darf nur nicht dabei stehen bleiben. Er muss darauf hinweisen, dass wir es geschafft haben, die Bundeswehr in die Gesellschaft zu integrieren: den Staatsbürger in Uniform, der bereit ist, auch Kritik zu üben, allerdings ohne seine Loyalität aufzugeben. Ich glaube, dass ist gelungen.

Veränderung der sicherheitspolitischen Lage

Das Sicherheitsumfeld hat sich gewandelt. Kalter Krieg, starre Blockkonfrontation - heute gibt es ein dynamisches Umfeld. Heute sind die sogenannten Akteure sehr viel unterschiedlicher, und wir tun uns oft schwer, genau zu beschreiben, wo der Adressat unserer politischen Intervention sein könnte. Wenn Sie die krisenhaften Entwicklungen in Nordafrika und im arabischen Bereich betrachten, kann man eine ganze Reihe von Beispielen anführen. Trotzdem gibt es Konstanten, die so geblieben sind, wie sie auch früher waren. Aber die aktuellen Bedrohungen - organisierte Kriminalität, regionale Krisen, internationaler Terrorismus, zerfallende Staaten, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Bedrohung kritischer Infrastruktur - das sind Dinge, die man nicht mit Feldheeren alleine beantworten kann. Deswegen ist das Instrumentendenken des Militärs - das Militär als eines von vielen der Politik zuzuordnenden Instrumente - ganz wichtig. Man wird nicht darum herumkommen, dass man sich dieses Instrument hält.

„Deutschland ist zu groß, politisch zu bedeutend und von zu vielen direkten Nachbarn umgeben, als dass es sich aus Konflikten heraushalten kann.“ Christian Schmidt

Bedrohungsszenarien der Zukunft

Da gibt es große Fragen: Folgen des Klimawandels, unkontrollierte Migration infolge demographischer Veränderungen, Seuchen, Epidemien, Umweltkatastrophen, krisenhafte Veränderungen der Handelsströme, Verknappung von Rohstoffen und Ressourcen.

Die Herausforderungen sind zunehmend nicht staatlicher Natur. Die Komplexität und Dynamik des Sicherheitsumfeldes ist insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten sehr viel größer geworden und man kann fast nicht mehr national die Sicherheit definieren. Deswegen stellt der erweiterte Sicherheitsbegriff vier Fragen an die Sicherheit:

Wo? Der Raum. Er war bis Mitte des 20. Jahrhunderts national definiert, dann regional während des Kalten Krieges, heute ist er international.

Für wen? Referenzpunkte sind Staat, Gesellschaft, Individuum. Auch unsere Gesellschaft verändert sich doch sehr stark. Kohäsionskräfte, die noch vor 30 Jahren da waren, stellen sich heute völlig anders dar.

Welche Sicherheit? Militärische, ökonomische, ökologische, gesellschaftliche Sicherheit. Gerade haben wir darüber gesprochen, wie ökonomische Sicherheit und soziale Sicherheit durchaus etwas mit militärischer Sicherheit zu tun haben. Ich will uns daran erinnern, dass solche Konflikte, wie wir sie gegenwärtig mühselig am Verhandlungstisch lösen, rasonabel erfolgreich sind und wir hoffen, dass es so bleibt.

Wie viel Sicherheit? Eine akute existenzielle Bedrohung? Eine punktuelle Verwundbarkeit? Wo liegen die Grenzen? Mein Fazit lautet: Kein Staat kann für sich allein dieses alles organisieren. Es muss ein gesellschaftlicher Diskurs stattfinden, um die Grenzen hier aufzuzeigen.

Verpflichtung zur Zusammenarbeit

Unsere Aufgabe muss es sein, diesen Sicherheitsbeitrag im Militärischen so zu organisieren, dass er sich gegen eine Vielzahl von Konflikten mit völlig unterschiedlichen Ausformungen bewähren kann. Soldaten können keine politischen Krisen lösen. Soldaten können die Zeit kaufen, damit die Krise dann gelöst wird. Sie sind für diesen Einsatz und den Zeitraum oft unabdingbar.

Wir haben eine besondere Verantwortung für die internationale Sicherheit. Kein Land in Europa ist jedoch wirklich in der Lage, alle Fähigkeiten für alle Eventualitäten vorzuhalten. Man wird und muss vom Verbund her denken müssen. Bei einer Krise analysieren wir gemeinsam, wie wir sie verhindern können oder wie wir auf sie reagieren können, um sie zu sedieren. Wir sind in der NATO. Wir sind im europäischen Verteidigungsbündnis, aber wir müssen einmal klarlegen, inwieweit wir welches Potential mit einbringen können und unter welchen Bedingungen wir es einbringen. Wir müssen sehen, dass wir noch viel stärker zur Zusammenarbeit verpflichtet sind. Ich sehe hierzu auch keine Alternative.

Vernetzte Politik

Der Ansatz der vernetzten Politik ist ein unwahrscheinlich wichtiger Ansatz. Die NATO hat im NATO-Sicherheitskonzept ein großes Kapitel der Frage des Cyber-Wars, des Krieges der IT-Kommunikation, gewidmet. Die NATO hat übrigens in Tallin, in Estland, dem Land mit der höchsten Internetdichte und Gebrauchs in der Europäischen Union, dort hat die NATO ein „Center of Excellence“ für Verhinderungen von Cyber-Attacken gebildet. Nur was ist da Angriff und was ist Verteidigung? Mit welchen Rechtsmitteln gehen wir da vor? Wer sichert all dieses, was für uns so ungreifbar, undefinierbar ist? Vernetzte Sicherheit heißt auch, dass wir nicht nur komplexe Konflikte haben, sondern auch die potentiellen Dynamiken eines Einsatzes, einer Reaktion oder einer Prävention neu und anders definieren müssen. Fazit: Die gesellschaftliche Debatte über den Einsatz militärischer Mittel ist nach wie vor notwendig.

Rückzug aus Afghanistan

Wir wollen in den nächsten Jahren 2012 und 2013 unser militärisches Engagement in Afghanistan reduzieren. Wir müssen die Sicherheit in die afghanischen Hände legen und das kann man bis 2014 erreichen. Wir werden im Dezember auf dem Petersberg in Bonn eine Folgekonferenz haben, wo wir allerdings dann von Präsident Karsai und seinen Mitarbeitern hören wollen, dass sie auch Frieden und Versöhnung liefern werden. Die Hoffnung ist, dass es eine pragmatische Annäherung zwischen den einigermaßen einschätzbaren Teilen der Taliban und den jetzigen Verantwortlichen in Afghanistan geben wird. Hoffen wir, dass das gelingt. Es wird eine der Fragen sein, ob das Land aus sich heraus in der Lage ist, sich selbst Stabilität zu geben. Ich weiß nicht, ob es gelingt. Ich weiß nur, wenn wir es nicht versuchen in den nächsten zwei Jahren, wird die Situation in Afghanistan in drei, vier oder fünf Jahren mit internationaler Militärpräsenz auch nicht besser werden.

Problemregion: Pakistan

Meine Auffassung ist, dass sich die gegenwärtigen Probleme eher in Pakistan entwickeln werden als in Afghanistan. Was unterscheidet Afghanistan und Pakistan? Es unterscheidet eines. Das eine Land hat viele Probleme und das andere auch, aber es hat auch eine atomare Bewaffnung. Und das stellt uns vor ganz andere Fragestellungen. Die Herausforderungen werden also nicht weniger. Es gibt kein Ende der Geschichte, sondern wir haben andere Fragestellungen mit neuen Problemen. Dazu braucht man keine Bundeswehr mit 500.000 Mann und vielen Divisionen. Man braucht aber eine kluge und in der Gesellschaft verankerte Bundeswehr, weil die Grenzen sehr viel fließender geworden sind, was die Abgrenzung des Militärischen und des Nichtmilitärischen betrifft. ☞



Reinhard Brandl (CSU), MdB,
Mitglied des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag

Wir haben in der Vergangenheit vieles geschafft. Die Aussöhnung mit den Erbfeinden und die Überwindung der Kriege in Europa. Allerdings bei allem Erfolg in diesen Dingen: Ich will keine Vereinigten Staaten von Europa, sondern es gilt, die Zukunft gemeinsam mit unseren Nachbarn zu gestalten. Wir müssen unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik stärker aufeinander abstimmen. Insofern brauchen wir mehr Europa, aber nicht in allen Bereichen.



Günther Gloser (SPD), MdB,
Staatsminister a.D. beim Bundesminister des Auswärtigen

Wir brauchen die Vereinigten Staaten von Europa. Das ist zwar Zukunftsvision, aber wir brauchen unbedingt mehr Europa. Dazu zählt auch die Aufgabe eines deutschen Budgetrechts. Der Fehler der europäischen Währungsunion war doch, dass wir uns zu sehr auf die wirtschaftliche Integration konzentriert haben.



Jerzy Montag (Bündnis 90/Die Grünen),
Sprecher der bayerischen Grünen im Bundestag

Das Verhältnis Deutschlands zu Israel ist maßgeblich geprägt durch unsere Verantwortung für die Existenz Israels. Das bedeutet jedoch nicht, dass Deutschland zum Erfüllungsgehilfen jeder israelischen Politik werden muss.

Israels Politik ist voller Fehler. Wenn die 2-Staaten-Lösung das Ziel europäischer Politik ist, dann muss auch Deutschland diesen Weg mitgehen.

Die 2-Staaten-Lösung schadet Israel nicht und sie bedroht es auch nicht. Deutschland muss die 2-Staaten-Lösung fordern und das in der Europäischen Union durchzusetzen helfen.



Rainer Stinner (FDP), MdB,
außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag

Deutschland muss seine Außen- und Sicherheitspolitik einbetten in Bündnisse.

Die Europäische Union ist folglich Deutschlands Zukunft, d.h. die EU muss unbedingt erhalten bleiben. Doch reicht die EU aus, um Deutschlands außen- und sicherheitspolitische Interessen angemessen zu vertreten? Sicherheitspolitisch möchte ich mich nicht nur auf die EU verlassen. Hierzu braucht es die NATO.

Allerdings: Die EU zu stärken, ist momentan die wichtigste politische Aufgabe.

Denn: Europa ist ein attraktives System, es ist sehr beliebt in der restlichen Welt und könnte sich zu einem Exportschlager entwickeln.



Alexander von Sobeck, Leiter des ZDF-Studios in Paris

Algerien, Libyen, Jemen, Tunesien oder Marokko – sie alle haben mit unseren westlichen Wertvorstellungen überhaupt nichts am Hut und wir haben für die Probleme dieser Menschen überhaupt keine Antworten parat.

Was ich so sehr vermisse: Ich glaube die deutsche Außenpolitik ist auf die eigene Nabelschau fixiert. Es dominiert die Europa-Politik. Für andere Dinge bleibt da kein Platz.



Professor Gunther Schmid, Bundesnachrichtendienst

Wir brauchen ein neues globales Ordnungssystem, „global governance“. Neben die etablierten Organisationen – IWF, WTO, UNO – treten ganz andere Formate, nämlich G-7, G-8, G-20 oder das Weltwirtschaftsforum in Davos. Alle diese Treffen besitzen eine weltweite Koordinationsfunktion.

Eine kleinteilige Vernetzung tritt damit an die Stelle herkömmlicher politischer Entscheidungsstrukturen.

Für Deutschland ist wichtig, die anstehenden Probleme gemeinsam mit den EU-Partnern anzugehen – den Umweltschutz, die Migrationsprobleme, die Atomenergiefrage und die Währungspolitik.

Die Zukunft der Demokratie

Die Evangelische Akademie Tutzing und der Rotary Club Tutzing starteten mit der „Tutzinger Rede“ ein neues Gemeinschaftsprojekt, das in jährlich wiederkehrender Form Kernfragen zur „Zukunft Mensch“ behandeln wird.

Die Vortragsreihe setzt sich zum Ziel, Impulse zu geben, wie der Einzelne angesichts einer Vielzahl komplexer Probleme „Freiheit in Verantwortung“ leben kann. Die erste „Tutzinger Rede“ hielt am 21. November 2011 der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Dr. Hans-Jürgen Papier. Seinem Vortrag sind die nachfolgenden Passagen entnommen:



Begrüßung im Festsaal:
Dr. Friedrich Glauner (li.), Initiator der Reihe „Zukunft Mensch“ und Mitglied des RC-Tutzing, und Professor Dr. Hans-Jürgen Papier, Präsident a.D. des Bundesverfassungsgerichts.

Parlamentarische Demokratie

Die Demokratie des Grundgesetzes ist eine dezidiert parlamentarische Demokratie. Das Regierungssystem der Bundesrepublik ist ein dezidiert parlamentarisches Regierungssystem. Der Deutsche Bundestag ist auf der Ebene des Bundes das einzige Verfassungsorgan, das über eine unmittelbare Legitimation durch das Staatsvolk verfügt. Ebenso sind es in den Bundesländern ausschließlich die Landesparlamente, die unmittelbar vom Volk gewählt werden.

Sämtliche anderen Verfassungsorgane in Bund und Ländern leiten ihre Legitimation von den Parlamenten ab. Hinzu kommt, dass das Grundgesetz Formen der plebiszitären Demokratie – also zum Beispiel des Volksbegehrens und des Volksentscheides – praktisch ausschließt. Nur in wenigen Ausnahmefällen, wie bei der Neugliederung des Bundesgebietes, ist im Grundgesetz eine Volksabstimmung vorgesehen.

In einer Reihe von Bestimmungen trifft das Grundgesetz Vorkehrung zur Verteidigung seiner freiheitlichen demokratischen Grundlagen gegen Angriffe von innen und außen. Insbesondere die Möglichkeit eines Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes ist Ausdruck jener Entscheidung des Grundgesetzes für die streitbare und wehrhafte Demokratie.

Es muss nachdenklich stimmen, wenn heute von Macht- oder Bedeutungseinbußen des Parlaments, ja von einer „Entparlamentarisierung“ der Politik die Rede ist. Manche sprechen sogar von einer Krise des Parlamentarismus oder – noch zugespitzter – von einer „postdemokratischen Phase“.

Verlust des Bürgervertrauens

Mehr und mehr Bürger gehen auf Distanz zur Politik. Mess- und sichtbar wird dies etwa in dem Ansehensverfall und Vertrauensverlust von Politikern und politischen Parteien. Aber auch die stetig sinkende Wahlbeteiligung, die wachsende Zahl von Protestwählern und Wählern extremer oder „exotischer“ Parteien sowie generell die allmähliche Auflösung und Verringerung der Stammwählerpotenziale und der Mitgliederschwind bei den großen Volksparteien sind in diesem Zusammenhang mit zu nennen. In einer noch allgemeineren Form aber ist ein Phänomen festzustellen, das man als „Zuschauerdemokratie“ bezeichnen könnte. Die Bürger betrachten die Politik aus der Distanz – aus der Perspektive eines Zuschauers.

Die Distanzierung von der Politik verbindet sich mit einer verzagten Grundstimmung, die im Ausland auch schon als „deutsche Angst“ bezeichnet worden ist. Die Menschen haben einerseits konkrete Ängste und Sorgen – etwa die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, die Sorge um ihre Alterssicherung und ihre Ersparnisse – und natürlich wünschen die Menschen, diese Ängste und Sorgen zu überwinden. Aber zu diesen konkreten Ängsten kommt eine weitere Angst hinzu und überlagert sie, nämlich die Angst, sich überhaupt noch auf etwas einzulassen. Diese zweite, weitere Angst ist jene Form der Angst, die der Feind der Freiheit ist. Und sie ist auch eine Form der Angst, die geeignet ist, das Grundvertrauen in die Demokratie zu erschüttern.

Liegt die Angst in der melancholischen Natur der „Deutschen“ oder gibt es dafür auch Gründe, die in der Art und Weise, wie Politik betrieben wird, liegen? Ich meine, es gibt solche Gründe.

„Mediendemokratie“

Wir leben in einer „Mediendemokratie“. Wer Politik machen will, muss Publizität und Gehör finden, und das lässt sich in der heutigen Gesellschaft nur über die Medien erreichen. Die herausragende Bedeutung, die den Medien auf diese Weise zufällt, hat ambivalente Wirkungen. Gerade die Demokratie ist einerseits auf eine möglichst breite Öffentlichkeit angewiesen; und erst die Medien eröffnen vielen Bürgern einen Zugang zur Politik, der ihnen sonst verschlossen wäre.

Auf der anderen Seite transportieren die Medien nicht nur, sondern sie formen auch die Inhalte. Diese Kehrseite der „Mediendemokratie“ hat Entwicklungen gefördert, die der Demokratie nicht unbedingt zum Vorteil gereichen. Aus ernsthaften, sachbezogenen Auseinandersetzungen sind vielfach personalisierte Schaukämpfe geworden. Statt der Fähigkeit zur Problemlösung zählt die mediale „Performance“, und die Sprache der Politik wird zunehmend konfektionierter, eben „politisch korrekt“, aber oft auch blutleer und unglaubwürdig. Je unangreifbarer die Aussagen dabei werden, umso substanzloser und unverbindlicher sind sie auf der anderen

Seite. Wer sich nicht an den allgemeinen Code hält und naiv schlichtweg das sagt, was er für richtig hält, verschwindet hingegen manchmal von der Bildfläche, noch bevor er sein Argument zu Ende vorgetragen hat.

Demokratie und Lobbyismus

Lobbyismus gehört heute zur Demokratie. In einem freiheitlichen Gemeinwesen ist es jedermanns Recht, sich für die eigenen Belange einzusetzen und Einfluss auf die Politik zu nehmen. Problematischer wird dieser Vorgang erst, wenn die Grenzen zwischen der Vertretung partikularer Interessen auf der einen Seite und der staatlichen Willensbildung in den verfassungsmäßigen Organen auf der anderen Seite fließend werden. Diese Gefahr bestand etwa in dem Versuch, wichtige politische Entscheidungen in Kommissionen, Räten, Konsensrunden zu verlagern oder von diesen Gremien maßgeblich vorstrukturieren zu lassen. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur die Stichworte: Hartz-Kommission, Rürup-Kommission, Nationaler Ethikrat. Hier bestand immer die Gefahr einer Vermischung von Sachverstand und Interessenvertretung.

Zugleich drohte der eigentlich zur Entscheidung berufene Bundestag in die Rolle einer bloßen „Ratifikationsinstanz“ gedrängt zu werden. Vor diesem Hintergrund stehen die Parlamente, vor allem der Bundestag, vor einer besonderen Bewährungsprobe. Denn die parlamentarische Demokratie und das repräsentative Mandat der gewählten Abgeordneten rechtfertigen sich gerade dadurch, dass auch den Belangen derer Geltung verschafft werden muss, die nicht von sich allein aus die Kraft haben, sich zu artikulieren und sich durchzusetzen. Man muss sich allerdings vor falschen Idealisierungen hüten.

Dennoch meine ich: Nirgendwo sonst ist die Chance auf einen gerechten Ausgleich der Interessen höher als in der parlamentarischen repräsentativen Demokratie. Eine wichtige Voraussetzung dabei ist aber, dass das Parlament einen Abstand zu den Kräftefeldern des gesellschaftlichen Verteilungskampfes wahren muss, wenn es nicht anderenfalls Gefahr laufen will, zum bloßen verlängerten Arm in diesem Verteilungskampf zu werden.

Möglichkeiten der Gegensteuerung

Wie lassen sich die fatalen Entwicklungen stoppen und umkehren? Wie lässt sich die beschädigte Vertrauensgrundlage reparieren und wieder ein besserer Kontakt im Verhältnis zwischen Bürgern und Politik herstellen?

1. Vertrauen kann weder erzwungen noch durch Aufrufe und gutes Zureden herbeigewünscht werden. Auch die Forderung nach mehr unmittelbarer Demokratie führt nicht wirklich weiter. Volksabstimmungen sind deshalb nicht per se geeignet und darauf ausgerichtet, das demokratische Grundvertrauen zu stärken. Und sie können insbesondere nicht das Vertrauen in Institutionen und Verfahren der parlamentarischen repräsentativen Demokratie ersetzen, um das es hier vor allem geht.

2. Dieses Vertrauen der Bürger in die repräsentative Demokratie ist im Grunde nur auf demselben Weg wiederzugewinnen, auf dem es verloren wurde, nämlich im Gleichlauf mit der praktizierten Sach-

politik. Das benötigt Zeit. So wie über viele Jahre hinweg peu à peu die Bereitschaft der Bürger geschwunden ist, sich auf die Angebote der Politik und auf die Führung durch die Politik einzulassen, so muss diese Bereitschaft nunmehr in einem Prozess, der wohl ebenfalls Jahre in Anspruch nehmen wird, peu à peu, mit jeder einzelnen politischen Maßnahme wieder aufgebaut werden.

3. Gesetzgebung kann in modernen Demokratien ab einer gewissen Größenordnung nur durch die Parlamente geleistet werden. Volksabstimmungen laufen Gefahr, das parlamentarisch-repräsentative System zu schwächen, ohne dass auf der anderen Seite ein wirklicher Gewinn an Effizienz oder Rationalität ersichtlich wäre. Von diesen Plebisziten zu unterscheiden ist die Form der Volksinitiative. Darunter ist ein Verfahren zu verstehen, wonach bei Vorliegen eines bestimmten Quorums von Bürgern, die die Initiative unterstützen, die gesetzgebenden Organe verpflichtet wären, sich mit einem bestimmten Gesetzesvorhaben zu befassen. Eine solche Volksinitiative könnte dazu beitragen, dass sich die Bürger wieder stärker im parlamentarischen System politisch engagieren.

Verlust des Primats der Politik

Für Deutschland und Europa wird gerade in den letzten Wochen immer wieder der Eintritt in ein „postdemokratisches Zeitalter“ diagnostiziert. Man verweist auf die „Entmachtung“ der demokratisch legitimierten Staatsleitungen in der gegenwärtigen Finanz- und Haushaltskrise durch apokryphe Mächte des Marktes, supranationale Institutionen oder gar ausländische Regierungen. Man muss jedoch erkennen, dass die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Krise der demokratischen Systeme in der immensen Verschuldung der Staaten liegen.

Die demokratischen Systeme haben sich als weitgehend unfähig erwiesen, ungezügelter staatlicher Ausgaben- und Verschuldensexpansionen Einhalt zu bieten. Wir stehen vor der recht traurigen Erkenntnis, dass die Wähler offenbar über die Jahre durch eine Verschuldenspolitik versöhnt wurden, die insbesondere soziale Wohltaten ohne Einschnitte zu ermöglichen schien. Die Belange nachfolgender Generationen spielten angesichts ihres fehlenden wahlpolitischen Gewichts überhaupt keine Rolle. Wir haben es nicht in erster Linie mit einem Markt-, sondern – was eigentlich noch schlimmer ist – mit einem Staats- und Politikversagen großen Stils zu tun.

Unerlässlich sind deshalb ein effizientes verfassungsrechtliches Verbot der staatlichen Ausgabenfinanzierung durch Kreditaufnahmen, also eine strikte Verschuldensgrenze in der Staatsverfassung und eine unabhängige Institution – ich denke hier in Bezug auf Deutschland an das Bundesverfassungsgericht –, die in der Lage ist, dieses strikte Verbot künftiger Staatsfinanzierung durch Kreditaufnahme wirkungsvoll durchzusetzen. Es wird dann zwangsläufig zu einer gewissen Aufgabenreduktion des Staates führen. Nur so können die Demokratien in Deutschland und Europa langfristig ihre Handlungs- und Steuerungshoheit wiedererlangen. Unterbleiben diese Schritte, drohen den sozial- und rechtsstaatlichen Demokratien schwere, ja sogar existenzielle Gefährdungen. ☞

Abschied vom fossilen Kapitalismus

**Klimawandel / Peak Oil
Umbruch
Unvermessenes Neuland
Industrielle Revolution
Große Transformation
Ende der Verschwendungswirtschaft**

Die Menschheit steht in den kommenden Jahren am Anfang der historischen Transformation vom fossilen zum postfossilen Zeitalter. Dieser Übergang ist so epochal wie einst die industrielle Revolution. Er wird zudem beschleunigt vor sich gehen müssen, nämlich etwa bis zum Jahr 2050.

Kohle, Öl und Gas – die fossilen, nicht erneuerbaren Energieträger werden merklich knapper.

Damit steht eine reichlich vorhandene und billig verfügbare fossile Energie nicht länger zur Verfügung für eine ständig wachsende Nachfrage. Es ist an der Zeit, umzudenken und Abschied zu nehmen vom fossilen Kapitalismus. In der von Studienleiter Martin Held geleiteten Tagung beschrieb Professor Dr. Klaus Kümmerer, Lehrstuhl für stoffliche Ressourcen an der Leuphana Universität Lüneburg, den Übergang ins postfossile Zeitalter:

Klaus Kümmerer

Der Übergang ins Postfossile Zeitalter - Übersehene Knappheiten

Das Ende des fossilen Zeitalters

Die rasante industrielle Entwicklung der letzten 200 Jahre beruhte auf der Nutzung von fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Erdgas). Nachdem die Kohle den Einstieg und den Aufstieg dieser Entwicklung ermöglicht hatte, wurde sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch das Erdöl als Treibstoff im wahrsten Sinne des Wortes abgelöst. Reichliches und billiges Öl war zum Teil die Basis einer ungeahnten wirtschaftlichen und technischen Entwicklung. Insbesondere für die enorme Zunahme der Mobilität und des Transportaufkommens war und erscheint Öl bisher unersetzlich.

Die fossilen Energieträger sind nicht erneuerbar. Zwischenzeitlich nehmen die Anzeichen stark zu, dass Peak-Oil erreicht oder schon überschritten ist. D.h. wir verbrauchen mehr Öl als wir an Lagerstätten neu entdecken, von der abnehmenden Qualität und dem zunehmenden Förderaufwand und damit der sich verschlechternden Gesamtenergiebilanz ganz zu schweigen. Kohle ist zwar auf den ersten Blick reichlich und auch als Quelle für Öl nach chemischer Umwandlung denkbar. Ein genauer Blick zeigt aber, dass einerseits diese Umwandlung selbst sehr energieintensiv ist. Andererseits sind die guten Kohlequalitäten nahezu aufgebraucht. In Anbetracht des Klimawandels erscheint die Nutzung von Kohle als Energieträger, z.B. zur Verstromung, als Idee von gestern. Die Vorräte an Gas reichen noch einige Jahrzehnte, so wird geschätzt, wobei aus verschiedenen Gründen die Schätzung umso ungenauer und unzuverlässiger wird, je weiter sie in die Zukunft reicht. Vorsicht ist also angebracht. Außerdem kann Gas in vielen Bereichen Öl nicht ersetzen. Ausschließlich auf Gas zu vertrauen, würde in neue geopolitische Abhängigkeiten führen, wenn wir beim Gas nicht auch schon dort angekommen sind. Atomenergie hat seine eigenen Probleme, insbesondere der Endlagerung, aber auch die Vorräte an Brennstoff werden zunehmend knapp.

Ein Blick auf das Gesamte zeigt, dass die durch die fossilen Energieträger ermöglichte Art des Wirtschaftens strukturell nicht nachhaltig ist. Dennoch wird das Ende des fossilen Zeitalters in einer fernen, unbestimmten und für das gegenwärtige Handeln irrelevanten Zukunft lokalisiert und Business As Usual betrieben. Erst in jüngster Zeit wird realisiert, dass dieser Entwicklungspfad durch die Begrenztheit und überbordende Nutzung der fossilen Energieträger definitiv an seine Grenzen stößt. Das fossile Zeitalter geht nicht mit den sprichwörtlichen letzten Tropfen Öl zu Ende, sondern beginnt mit dem Abstieg vom Gipfel des Ölbergs. Zunehmende Knappheit treibt den Preis umso mehr, wenn nicht nur die verfügbare Menge, sondern gleichzeitig der Bedarf weltweit steigt. Festzuhalten bleibt, dass wir am Beginn einer Änderung epochalen Ausmaßes ste-

hen, vergleichbar der industriellen Revolution. Allerdings wird diese Änderung sehr viel schneller vor sich gehen müssen. Dauerte die volle Entwicklung der industriellen Revolution nahezu zweihundert Jahre, so deutet vieles darauf hin, dass die jetzt vor uns liegende Änderung in etwa vierzig Jahren vollzogen sein muss. Was liegt also näher als nach alternativen Energieerzeugungstechnologien zu suchen?

Die neuen Energie- und Hoffnungsträger

Die erneuerbaren Energien gelten als das Mittel der Wahl, um die Umstellung der Energiebasis zu bewerkstelligen. Unabhängig davon, dass es nicht nur auf die Umstellung der Energiebasis ankommt, sondern auch auf die viel effizientere Nutzung, liegen auch auf den mit erneuerbaren Energien gepflasterten Wegen in die vermeintlich goldene Zukunft einige mehr oder weniger große Stolpersteine im Weg.

Die aus nachwachsenden Rohstoffen gewonnenen Energien stehen in Konkurrenz zu anderen Flächennutzungen wie z.B. der direkten Nahrungsmittelerzeugung oder der Erzeugung von Futter für Tiere. Die landwirtschaftlich nutzbare Fläche ist begrenzt und infolge der weltweit zunehmenden Bodendegradation dürften die Erträge insgesamt geringer werden, und das in Anbetracht einer immer noch wachsenden Weltbevölkerung. Hinzu kommt der Wasser- und Mineraldüngerbedarf für die Erzeugung entsprechender Mengen an energetisch zu verwertendem Ausgangsmaterial. Eine Verwendung von sogenannten Reststoffen, z.B. das Stroh aus dem Getreideanbau, führt zu einer weiteren Bodendegradation durch den fortwährenden Entzug organischen Materials, das für Bodenstruktur und Bodenleben von grundlegender Bedeutung ist. Darüber hinaus ist Phosphat eine begrenzte natürliche Ressource, Stickstoffdünger kann zwar synthetisch hergestellt werden, dazu werden jedoch ebenfalls erhebliche Energiemengen benötigt.

Die Gewinnung von elektrischer Energie aus Sonne und Wind scheint demgegenüber eine Alternative ohne Probleme zu sein, wenn man von Standortdiskussionen („Verspargelung der Landschaft“) absieht. Aber auch hier zeigt ein genauerer Blick, dass die Schwierigkeit im Detail liegt. Möglichst effiziente und große Windräder kommen ohne ein mechanisches Getriebe aus. Gleichzeitig benötigen sie aber möglichst starke Permanentmagnete. Diese werden aus Eisen hergestellt, dem in geringen Mengen hochmagnetisches Neodym beige-mischt wird. Neodym ist ein Element, das zu den sogenannten seltenen Erden zählt. Auch in Photovoltaikzellen sind zum Teil ähnliche Elemente enthalten, um die Effizienz zu steigern. Die seltenen Erden aber auch andere strategisch wichtige Elemente finden nicht nur in Windrädern und Photovoltaik Verwendung. Sie werden auch elektronischen Bauelementen, die u.a. auch zur Steuerung dieser Anlagen dienen, sowie in Geräten zur Kommunikation, in Computern, in LEDs zur Beleuchtung, in elektrisch betriebenen Autos, effizienten Steue-



Prof. Dr. Kümmerer:

„Wir stehen am Beginn einer Änderung epochalen Ausmaßes, vergleichbar der industriellen Revolution. Allerdings wird diese Änderung sehr viel schneller vor sich gehen müssen. Dauerte die volle Entwicklung der industriellen Revolution nahezu zweihundert Jahre, so deutet vieles darauf hin, dass die jetzt vor uns liegende Änderung in etwa vierzig Jahren vollzogen sein muss.“

rungsmotoren, in Energiesparlampen und vielem mehr verwendet. Daher überrascht es nicht, dass bei diesen Elementen jetzt schon Knappheiten sichtbar werden und ihre zunehmende „Seltenheit“ nicht nur ökonomische Verwerfungen mit sich bringt. Ihre bergmännische Gewinnung benötigt ebenfalls Energie und führt zu erheblichen Umweltbelastungen. In manchen Ländern werden sie auch unter nicht akzeptablen Bedingungen, bis hin zu Kinderarbeit, mit der Bürgerkriege finanziert werden, abgebaut: Der bei uns mit Windrädern und Photovoltaik produzierte saubere Strom hat eine schmutzige Schattenseite, die wir meist ausblenden.

Wie selten ist selten?

Insgesamt betrachtet sind die sogenannten Metalle der seltenen Erden gar nicht so selten. Viele sind in der Erdkruste sogar häufiger als Gold oder Silber. Allerdings sind Lagerstätten mit höheren Gehalten vergleichsweise selten und sie kommen im Gegensatz zu Gold nicht gediegen vor. Ihre Gewinnung erfolgt häufig mit anderen Massenmetallen wie z.B. Kupfer.

Der Name Seltene Erden ist aktueller denn je. Dies hat verschiedene Gründe:

- Konzentration bzw. verfügbare Menge insgesamt
- Anzahl ausbeutbarer Lagerstätten
- Zugänglichkeit
- Zeitpunkt oder Dauer (bis beispielsweise ein Bergwerk aufgebaut ist)
- Geographische Verteilung/Ort
- Politisch zugänglich (Krisengebiete etc.)
- Technologie (ist die notwendige Technologie vorhanden)

Die neuen Knappheiten sind unterschiedlich ausgeprägt, je nach Art des Elements, Ort und Zeit der Gewinnung und des Bedarfs. Häufig gibt es auch Interdependenzen zwischen den verschiedenen Faktoren. So kann die Anzahl der ausbeutbaren Lagerstätten auch von ökonomischen oder geopolitischen oder regionalen Faktoren abhängen.

Bestimmungsgemäße Dissipation

Von der Thermodynamik wissen wir, dass wir immer etwas verlieren, wenn wir mit Materialien (und Energie) hantieren. Dies gilt für jeden Schritt des Lebenslaufes von Produkten, die z.B. seltene Erden enthalten – von der Erzgewinnung, seiner Verarbeitung und durch Transporte, der Herstellung des Produkts, bei seiner Nutzung und vor allem nach dem Ende seiner Nutzung. Bei den seltenen Erden aber auch anderen strategischen Ressourcen muss man sogar von großen Verlusten infolge der bestimmungsgemäßen Nutzung ausgehen. Diese Verluste durch Verteilung werden als Dissipation bezeichnet. Im Englischen bezeichnet es auch Verschwendung.

Viele elektronische Produkte enthalten beispielsweise Mikrochips, die oft eine Vielzahl unterschiedlicher Ele-

mente in geringen Konzentrationen enthalten. Dies gilt auch für die seltenen Erden, deren Anwendung fast nur auf den von ihnen schon in geringstem Spuren resultierenden Materialeigenschaften beruht. Beispiele sind dafür neben den mikroelektronischen Bausteinen, auch die oben erwähnten Windradmagnete und die photovoltaischen Zellen. Dadurch, dass wir heutzutage solche Produkte planen, ohne die Wiedergewinnung bereits mit einzuplanen, sind diese wertvollen Rohstoffe meist unwiederbringlich verloren. Wir verschwenden sie also nicht. Um immer neuere Eigenschaften zu erhalten, werden immer mehr unterschiedliche Elemente in solchen Produkten eingesetzt. Aufgrund ihrer Knappheit und des daraus resultierend hohen Preises ist man bestrebt, mit immer weniger immer mehr zu erreichen, also mit weniger Dotierung mehr Leistung oder mehr Funktionen. Was auf den ersten Blick vernünftig erscheint, nämlich die Effizienzsteigerung, führt aber letztlich gerade zum Gegenteil: Immer geringere Anteile in einem immer komplexeren Produkt machen eine Wiedergewinnung sowohl technisch als auch ökonomisch immer schwieriger, also aufwändiger und zunehmend unmöglich. Gleichzeitig wird durch die Effizienzsteigerung der Preis der Produkte niedrig gehalten. In der Folge werden mehr Produkte produziert und verkauft. In der Summe verlieren wir dadurch immer mehr von den wertvollen Rohstoffen, auch wenn das einzelne Produkt immer weniger von ihnen enthält. Wir verschwenden die wertvollen Rohstoffe unwiederbringlich und das quasi mit Absicht.

Benign by Design als Voraussetzung eines gelingenden Übergangs ins postfossile Zeitalter

Daher ist es, soll der Übergang ins postfossile Zeitalter gelingen, dringend notwendig, einerseits das klassische Denken in Stückzahlen, die Ökonomie of Scales, hinter uns zu lassen und neue, der neuen Situation angemessene Paradigmen zu entwickeln. Andererseits müssen wir Produkte schon in ihrer Planungsphase in dem Sinne gutartig (benign) gestalten (design), dass die wertvollen Rohstoffe am Ende des Produktlebenszyklus leicht und möglichst vollständig wieder gewinnbar sind. Wirklich intelligentes Design darf sich nicht nur auf die Nutzungsphase beziehen, sondern muss im Sinne der Nachhaltigkeit den gesamten Lebenszyklus von Produkten einbeziehen. Nur so kann der Übergang ins postfossile Zeitalter gelingen. Am Ende des fossilen Zeitalters machen wir aber gerade das Gegenteil, man könnte fast meinen, je knapper die Ressourcen werden, desto zweifelter verschwenden wir sie. So betrachtet erscheint eine unbegrenzte Solar- und Windmobilität eher unwahrscheinlich. Vielmehr erscheint es wahrscheinlich, dass wir künftig Stoff- und Energieströme auch quantitativ begrenzen müssen, um für alle wünschenswerten Anwendungen die notwendigen Ressourcen zu haben.



Der bei uns mit Windrädern und Photovoltaik produzierte saubere Strom wirft Probleme auf.

Für die Herstellung von Solarzellen und von Magneten für Windräder braucht man die seltenen Erden. Und deren weltweite Knappheit führt jetzt schon zu ökonomischen Verwerfungen.

Kanzelrede

Die Kanzelrede – so sagt es die Definition – ist eine Sprachform, die zwischen Predigt und Vortrag angesiedelt ist. Ihr Ort ist nicht der Gottesdienst, wohl aber der Kirchenraum. Dabei zeigt die besondere Ortschaft der Kirche den ethischen Umkreis an, dem sich der Kanzelredner nahe fühlt. Eine deutliche Sprache, Bekennermut und das Setzen eines kräftigen rhetorischen Einzelakzentes – das sind die Kernelemente, die eine Kanzelrede auszeichnen sollen.

Am Sonntag, den 23. Oktober 2011, ergriff Hildegund Holzheid, Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München a.D., das Wort von der Kanzel in der Erlöserkirche München-Schwabing. Nachfolgend ein Auszug aus ihrer Kanzelrede:



Hildegund Holzheid

Politikberatung durch Ethikräte.
Das Beispiel
Präimplantationsdiagnostik (PID)

Es heißt, eine Kanzelrede solle zeigen, dass man sich bekennt. Das will ich gerne tun. Ich bekenne mich gerne und aus Überzeugung zum Protestantismus. Ich bekenne mich gerne und aus Überzeugung zum Rechtsstaat; das ist für eine langjährige Richterin keine Überraschung. Ich bekenne mich auch zu meiner Arbeit im Deutschen Ethikrat und in der Bayerischen Bioethikkommission. Und zu diesem Bekenntnisfeld will ich hier etwas sagen.

Ethikräte und das parlamentarische System

Als die Forschung im Bereich der Bio- und der Gentechnologie sich immer rasanter entwickelte, entstanden in vielen Teilen der Welt Ethikgremien und Beratergruppen, deren Aufgabe es ist, staatliche Entscheidungsinstanzen in moralischen Fragen der Wissenschaft zu beraten.

Etwas gleichzeitig im Jahr 2001 richtete der deutsche Bundeskanzler den Nationalen Ethikrat und der Bayerische Ministerpräsident die Bayerische Bioethikkommission ein. Ethische Fragen neuer Entwicklungen auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften, insbesondere der modernen Medizin, standen im Zentrum der Aufgaben. Das gleiche gilt für den im Jahr 2008 auf gesetzlicher Grundlage errichteten Deutschen Ethikrat, den Nachfolger des Nationalen Ethikrats.



Hildegund Holzheid, die ehemalige Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München, ist Mitglied des Deutschen Ethikrates und hat sich in dieser Funktion für eine Zulassung der PID – allerdings unter eng begrenzten Voraussetzungen – ausgesprochen.

Zu den politikberatenden Ethikräten ist zunächst einmal zu fragen: Wie verträgt sich eine solche Aufgabenstellung mit unserem parlamentarischen System? Alle Staatsgewalt geht nach unserer Verfassung vom Volke aus und wird in unserer repräsentativen Demokratie zuvörderst durch gewählte Volksvertreter, durch das Parlament, ausgeübt. Und: In unserer rechtsstaatlichen Demokratie müssen alle wesentlichen Entscheidungen vom Parlament getroffen werden. Dazu gehören sicher auch die bioethischen Fragen bzw. Themen.

Bedeutet also die Einrichtung von Ethikräten eine – unzulässige – Entparlamentarisierung, eine Gefahr für das Demokratieprinzip? Der Vorwurf wird erhoben. – Allerdings zu Unrecht. Selbstverständlich dürfen Regierungen und Parlamente Gremien zur temporären oder zur dauerhaften Politikberatung einrichten. Denken Sie an die Wirtschaftsweisen, die Rürup-Kommission für die Sozialen Sicherungssysteme, den Wissenschaftsrat usw. Während in diesen Einrichtungen normalerweise Experten, sowohl Fach-Praktiker wie Wissenschaftler sitzen, weicht das Modell des Deutschen Ethikrats (DER) von dieser reinen Fachbezogenheit ab. Durch das Ethikratgesetz ist sichergestellt, dass auch hier ein Teil der Mitglieder aus

den betroffenen Fachwissenschaften, der Medizin, der Biologie, den Wirtschaftswissenschaften stammt; beim DER spielt aber auch die Repräsentanz verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, weltanschaulicher und religiöser Richtungen der Philosophie, der Theologie, der Rechtswissenschaften eine Rolle. In der Politikwissenschaft wird der DER daher als „pragmatisches, pluralistisches Entscheidungshilfegremium“ bezeichnet.

Ethikräte - ein Zugewinn für Politik und Gesellschaft?

Es ist nicht unbedingt Aufgabe eines Ethikrats, Konsens herzustellen, einen Kompromiss zu finden und einen darauf basierenden Lösungsvorschlag an die Politik heranzutragen. Generell liegt der Sinn eines solchen Gremiums darin, dass die verschiedenen Aspekte eines Problems ohne den Druck der parteipolitischen Auseinandersetzung auf einer breiten Plattform ausgiebig und ohne Zeitdruck diskutiert und von allen Seiten beleuchtet werden und die sich daraus ergebenden Lösungsmöglichkeiten der Politik als Handlungsoptionen präsentiert werden. Mit einer solchen Aufbereitung eines Themas auf breiter Grundlage soll der Politik Material, Unterstützung und Anregung geliefert werden. Das Wichtigste in diesem Zusammenhang ist aber: Die Ethikräte entscheiden nichts – das tun die Parlamente. Verantwortung wird daher nicht von der politischen Ebene auf eine Kommission abgeschoben. Die Ethikräte stellen aber eine begrüßenswerte Plattform dar für die Erhebung des Befunds, der harten Fakten und für das Spektrum der Meinungen über Handlungs- und Lösungsansätze. Konsensfindung in der Gesetzgebung ist dann Aufgabe der Parlamente.

Ich halte als Ergebnis fest, dass Ethikgremien den Parlamentarismus nicht aushebeln, sondern hilfreiche Ratgeber für die Behandlung der schwierigen bioethischen Fragen in der parlamentarischen und der gesellschaftlichen Diskussion sind. Sie tragen dazu bei, nicht bei der Unterschiedlichkeit der Positionen stehen zu bleiben, sondern zu organisieren, dass die Suche nach einem Konsens überhaupt stattfindet.

Der Zweck der Präimplantationsdiagnostik (PID)

Die PID ermöglicht es, künstlich befruchtete Eizellen/Embryonen auf ihre Entwicklungsfähigkeit, also Lebensfähigkeit und auf ihre genetische Ausstattung hin zu untersuchen, bevor die Embryonen in den Körper der Frau übertragen werden. Bei der PID wird gezielt nach einem genetischen Merkmal gesucht, für das bei der betroffenen Familie ein erhöhtes Risiko vorliegt und das zu einer Fehlgeburt, einer Totgeburt oder zu einer schweren Krankheit oder Behinderung des Kindes führen würde. Auch die Suche nach einem erwünschten Merkmal, z.B. Geschlecht oder Eignung als „Retungsgeschwister“ wäre medizinisch-technisch möglich, ist aber nach dem jetzt erlassenen Gesetz nicht zulässig. Die meisten körperlichen oder geistigen Merkmale, die für Nachkommen gewünscht werden könnten, werden durch so viele verschiedene Gene und andere Bedingungen beeinflusst, dass eine gezielte Auswahl objektiv unmöglich ist. Die Befürchtung, eine Zulassung der PID führe zu „Designerbabies“, ist also irreführend.

Die PID stellt Frühstadien menschlichen Lebens zur Disposition. Dadurch sehen viele ihre moralischen Überzeugungen und

religiösen Gefühle verletzt. Daraus kann aber nicht abgeleitet werden, dass der Staat diese Überzeugungen in strafbewehrte gesetzliche Verbote umsetzen muss. Verfassungsrechtlich zentral ist die Frage, ob bereits der frühe Embryo dem Schutz der Menschenwürde untersteht. Strittig ist, ob es sich bei dem Schutz der Menschenwürde überhaupt um ein subjektives Individualrecht handelt und, wenn man das bejaht, ob dieses Individualrecht einem noch nicht individuellen menschlichen Wesen d.h. vor der Nidation zustehen kann. Denn bis dahin kann ja noch eine Mehrlingsbildung stattfinden.

Das Bundesverfassungsgericht hat nie definiert, was Menschenwürde ausmacht; es hat aber deutlich gemacht, dass eine Verletzung der Menschenwürde vor allem eine Herabwürdigung, eine Verächtlichmachung bedeutet. Ob konkret eine Verletzung der Menschenwürde vorliegt, kann immer nur aus dem Handlungszusammenhang hergeleitet werden.

Die Auffassung, dass schon aus der Verletzung des Lebensrechts stets eine Verletzung der Menschenwürde folge, ist irrig, denn das Grundrecht auf Leben ist gesetzlich einschränkbar, die Menschenwürde nicht. Wenn nämlich Lebens- und Würdeschutz kongruent wären, der Lebensschutz damit höchster Rechtswert wäre und an der Uneinschränkbarkeit des Art. 1 GG teilhätte, hätte der Gesetzgeber niemals den medizinisch indizierten Schwangerschaftsabbruch als rechtmäßig zulassen dürfen. Dann dürfte es auch kein Notwehrrecht geben. Menschenwürdegarantie und Lebensschutz sind daher zu entkoppeln. Das sagen alle relevanten Verfassungsrechtler.

Als Ergebnis halte ich fest, dass das Verfassungsrecht einer Zulassung der PID im Rahmen der schon beschriebenen Abwägung nicht entgegensteht. Vielmehr stellt sich mir die Frage, ob nicht eine Zulassung verfassungsrechtlich geboten ist, weil ein Verbot in verfassungsrechtlich garantierte Grundrechte eingreifen würde, nämlich in die Fortpflanzungsfreiheit, die grundrechtlich sowohl durch den Schutz von Ehe und Familie (nach Art. 6 GG) als auch durch das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die Handlungsfreiheit (nach Art. 2 GG) geschützt ist.

Es wäre verfassungsrechtlich zumindest höchst problematisch, durch ein striktes PID-Verbot die Rechte und Belange der Mutter unberücksichtigt zu lassen, weil es dann gar nicht zu einer Abwägung käme. Leibliche Kinder zu haben und damit Leben weiterzugeben, ist ein auch durch die Verfassung geschütztes Gut, und es ist ein hohes moralisches Gut. Ich stehe also klar hinter der jetzt vom Gesetzgeber getroffenen Regelung.

Vorteile der PID

Leibliche Kinder zu haben und damit Leben weiterzugeben, gehört für viele Menschen zu einem erfüllten Leben und ist für viele Menschen von zentraler Bedeutung. Eine schwere Krankheit oder Behinderung ihres Kindes kann zu einer außerordentlich großen Belastung für die Eltern werden, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Paare, die von ihrem Risiko wissen, eine solche Krankheit an ihr Kind zu vererben, stehen bei einem Verbot der PID vor der Wahl, auf Kinder zu verzichten oder bewusst das Risiko einer Schwangerschaft mit einem schwer geschädigten oder nicht lebensfähigen Kind zu wagen. Wenn sich dann nach einer Pränatal-

diagnostik herausstellt, dass das Kind tatsächlich betroffen ist und daraus eine schwerwiegende Gefahr für die körperliche oder seelische Gesundheit der Frau resultiert, kann die Frau nach geltendem Recht die Schwangerschaft rechtmäßig abbrechen lassen und das bis zur Geburt. Mir scheint ein Abbruch einer fortgeschrittenen Schwangerschaft ein viel größeres seelisches Trauma zur Folge zu haben, als das medizinische Verfahren der PID, bei dem aus mehreren befruchteten Eizellen zur Übertragung diejenigen ausgewählt werden, die das schädigende Merkmal nicht haben, ein Verfahren, das ja gerade zur Ermöglichung von Leben führen soll, ein Auswahlverfahren, das m.E. keine entwürdigende Verwerfung menschlichen Lebens darstellt.

Ein Verbot der PID?

Die Befürworter eines Verbots der PID bringen vor, bei ihrer Zulassung könnte es zu einer grenzenlosen Ausweitung des Verfahrens, einem Dammbbruch, kommen. Ich räume ein, dass die Dynamik wissenschaftlich-technischer Entwicklungen auch hier Platz greifen kann, halte es aber für unangebracht, zu unterstellen, PID würde im Fall ihrer Zulassung leichtfertig oder missbräuchlich praktiziert. Und wenn man einen möglichen Missbrauch gesetzlicher Grenzen befürchtet, muss dies auch für eine Übertretung eines strikten PID-Verbots gelten.

Die Befürworter eines Verbots der PID befürchten weiter, die Zulassung der PID könnte negative Auswirkungen für Menschen mit Behinderungen haben; sie könnten den Eindruck haben, unerwünscht zu sein. Solche Befürchtungen müssen ernst genommen werden. Es geht aber bei der PID um eine individuelle Entscheidung in einer konkreten Familiensituation, die keine Bewertung eines anderen Kindes darstellt.

Behinderungen können durch das Verfahren der PID nicht eliminiert, sondern nur in einem ganz kleinen Rahmen vermieden werden. Leid bleibt den Menschen nicht erspart. Dort aber, wo es möglich ist, dieses zu verhindern, sollten wir es tun.

Ein vollständiges Verbot der PID wäre schwer mit dem Schutzkonzept unserer Rechtsordnung vereinbar. Eine Rechtsordnung sollte aber möglichst widerspruchsfrei gestaltet werden.

Ein vollständiges Verbot der PID würde für ein Paar, das um das hohe Risiko einer genetischen, schädigenden Anlage weiß, bedeuten, dass zwar die befruchtete Eizelle im Reagenzglas nicht genetisch untersucht werden darf, dass aber im weiteren Verlauf einer Schwangerschaft nach einer genetischen Pränataldiagnostik mit einem entsprechenden Ergebnis ein Schwangerschaftsabbruch rechtmäßig vorgenommen werden kann. Es ist kaum plausibel zu machen, warum ein Diagnoseverfahren bei bestehender und fortgeschrittener Schwangerschaft erlaubt ist, während das gleiche Verfahren, das noch vor der Schwangerschaft einsetzt, verboten sein soll. Ein solcher unauflöslicher Wertungswiderspruch sollte nicht hingenommen werden. ☹

Foto S 15: Die PID kann Ehepaaren helfen. Besteht das hohe Risiko einer Tot- oder Fehlgeburt oder der Weitergabe einer schweren erblichen Erkrankung, dann können die Eheleute die durch eine künstliche Befruchtung erzeugten Embryonen genetisch vorab untersuchen lassen.

Bildung der Zukunft

Zwischen Qualifizierung und Orientierung

Für die Prozesse der europäischen Integration werden Bildung und Ausbildung immer wichtiger. Initiativen der Europäischen Union und des Europarates fördern unter anderem lebenslanges Lernen, interkulturellen Dialog und Schlüsselkompetenzen für den Arbeitsmarkt.

Die Evangelischen Kirchen stehen vor der Herausforderung, was sie durch eigene Aktivitäten und eine kritische Begleitung der Bildungspolitik beizutragen haben. In einer Kooperationstagung mit der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) wurden Perspektiven und Initiativen für ein GEKE-Engagement in einem europäischen Bildungsraum entwickelt.

Hans Jürgen Luibl, bildung evangelisch in Europa, fasst die Tagungsergebnisse für uns zusammen:

Hans Jürgen Luibl

Die Bildungskonsultation der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE)

„Protestantismus und Bildung“ - seit der Reformation ist beides eng aufeinander bezogen, nicht immer spannungsfrei, aber in evangelischer Freiheit produktiv sowohl für die Entwicklung der evangelischen Kirchen wie für die Gesellschaft. Wie aber ist es gegenwärtig? Welcher Stellenwert kommt in den evangelischen Kirchen Europas der Bildung zu? Und was könnte eine Bildung aus Glauben beitragen zur Entfaltung eines europäischen Bildungsraums? Solche Fragen nahm die Vollversammlung der GEKE in Budapest 2006 auf, das Thema sollte „in Vernetzung mit den Bildungsentwicklungen der GEKE-Kirchen und den nationalen und europäischen Bildungsinstitutionen bearbeitet werden“. In zwei aufeinander bezogenen Projekten wurden Antworten gesucht. So entstand zum einen ein Projekt „Glaubensbildung. Die Weitergabe des Glaubens im



(von links nach rechts)
Peter Schreiner,
Intereuropean
Commission on Church
and School (ICCS),
Detlev Bierbaum,
Landeskirchenamt der
Evang.-Luth. Kirche
in Bayern,
Prof. Martin Friedrich,
Gemeinschaft
Evangelischer Kirchen
in Europa (GEKE),
Prof. Stefanie Schardien,
Universität Hildesheim,
Michael Martin,
Leiter der
Regionalgruppe Südost-
mitteleuropa der GEKE,
sowie Akademiedirektor
Udo Hahn und
Hans Jürgen Luibl,
bildung evangelisch in
Europa.

Foto: Schwanebeck

europäischen Protestantismus“. Es eröffnet Einblicke, wie in evangelischen Kirchen Europas Bildung aus Glauben konkret wird: vom Konfirmandenunterricht bis zu Glaubenskursen, von der Familienbildung bis zur ästhetischen Bildung. Zum anderen suchte man, evangelisches Bildungshandeln im europäischen Bildungsraum zu verorten. Dazu wurde zu einer Tagung nach Tutzing eingeladen – mit überraschenden Ergebnissen und neuen Perspektiven.

Eine erste Perspektive formulierte Professor Dr. *Peter Bubmann* (Deutschland). Dass Bildung aus evangelischem Glauben kommt und evangelische Kirchen Bildungsträger sind, scheint selbstverständlich; Bildung jedoch findet sich nicht oder nur am Rande ekklesiologischer Reflexionen als eigenständige Grunddimension von Kirche. Das Bildungshandeln der evangelischen Kirchen theologisch als unverzichtbare Grunddimension von evangelischer Kirche zu entfalten, ist damit eine neue Herausforderung für die Gemeinschaft evangelischer Kirchen. Denn erst so gewinnt kirchliches Bildungshandeln Stringenz und Profil – und genau dies ist notwendig, um sich in den Herausforderungen einer wachsenden Bildungsgesellschaft in Europa besser einbringen zu können. Eine weiterführende Orientierung brachte auf der Tagung dafür das Referat von Professor Dr. *Boguslaw Milerski* (Polen) mit seinem Beitrag zum Verhältnis von „Glaubensgerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit“.

Eine andere Perspektive brachte der Generalsekretär der GEKE, Bischof Dr. *Michael Bünker* (Österreich) ein. Er verwies auf konfliktreiche Entwicklungen im europäischen Bildungsraum, etwa das Problem der Bildungsarmut, der hohen Zahl von Bildungsabbrechern, die steigende Zahl von gut ausgebildeten jungen Akademikerinnen ohne Berufsaussicht. Gerade in diesen Bereichen müssen evangelische Kirchen sich aus eigener Bildungsverantwortung besonders engagieren. Dies bedeutet, ein umfassendes Verständnis von Bildung über die ökonomische Verwertbarkeit hinaus stark zu machen und in den Reformprozess der europäischen Bildungssysteme einzubringen. Wie schwer, wie notwendig dies aber ist, darauf verwies *Ólöf Ólafsdóttir* (Island) aus ihren Erfahrungen als Direktorin für Bildung und Sprachen im Europarat: Nichts sei in Europa so konservativ wie der Bildungsbereich.

Und eine dritte Perspektive wurde auf der Tagung deutlich, nämlich die Frage, wer denn evangelisches Bildungshandeln im europäischen Bildungsraum verantwortlich vertreten könne? Es gibt neben den Kirchen eine Fülle von europäischen Institutionen. Sie in ihren Kompetenzbereichen aufeinander zu beziehen, damit benannte *Peter Schreiner* (Deutschland) von der ICCS, Intereuropean Commission on Church and School, eine wesentliche Herausforderung des europäischen Protestantismus – und sprach den Delegierten aus der Seele. Dass die Bildung im Blick der GEKE bleiben soll, war am Ende einhellige Meinung im Plenum. Dies könnte in einem Forum Bildung geschehen. ✎

Veranstaltungskalender

(in Auswahl)

ABITUR – UND DANN?

16. – 18.2.2012 / Tutzing

Durchstarten oder Pause? Studium oder etwas anderes? Ausland? Wie weiß ich überhaupt, was ich kann? Und was will ich tun? Im gegenseitigen Austausch und mit Studien- und Berufsberatern finden sich eigene Wege durch den Dschungel der Möglichkeiten nach dem Schulabschluss. **Junges Forum**

RISIKANTE ARBEITSWELTEN

29.2. – 1.3.2012 / Tutzing

Flexible Arbeitsformen und Strukturwandel bringen psychosoziale Belastungen mit sich und haben Folgen für die Qualität und Professionalität der Arbeit. Die Studie „Arbeit und Leben in Organisationen 2012“ wird zur Diskussion gestellt. Was sind gute Arbeitsbedingungen? Und was ist überhaupt gute Arbeit?

HIMMEL(T)RAUM

2. – 4.3.2012 / Tutzing

Der Himmel birgt die Geheimnisse unserer Existenz. Wir fragen Naturwissenschaft und Geschichte, Theologie und Kunst nach Beschreibungen und Erklärungen des Dunklen und des Sichtbaren, des Unbekannten und des Bekannten. Eine Begegnung der Disziplinen, eine Reise in die Ferne und zu uns selbst.

AUSSER ATEM: BURNOUT

9. – 11.3.2012 / Tutzing

Druck, Druck, Druck – euphorisierender Stimulus wie ruinöses Gift. Nach dem Exzess droht der Burnout, in Wirtschaft, Politik, Sport schiere Modekrankheit. Das Maximum als Minimum? Am Limit, darüber hinaus, wie kommt es zum Crash in LeibGeistSeele? Wie geht es nach der Erschöpfung weiter?

FRÜHJAHRSTAGUNG DES POLITISCHEN CLUBS

16. – 18.3.2012 / Tutzing

Der Club ist ein Seismograph für gesamtgesellschaftliche Debatten und gibt Impulse für weitsichtige politische Strategien. Zum aktuellen Thema wird rechtzeitig eingeladen.

REVOLUTION IM ZWISCHENRAUM

23. – 25.3.2012 / Tutzing

In Städten weltweit entstehen neue Formen von Protest, Diskurs und Teilhabe. Den digitalen Raum nutzend, erobern sich Bürger den realen öffentlichen Raum (zurück). Doch was passiert in den digital-realen Zwischenräumen - ob in Kairo, Stuttgart, New York oder München? Debatte ab sofort unter: www.urbanaut.org
Junges Forum

STAATSBESUCH AUS SÜDAFRIKA

Die südafrikanische Oppositionsführerin und Regierungschefin der Provinz Westkap, Helen Zille, hatte Ende September während ihres dreitägigen Staatsbesuchs in Bayern auch die Evangelische Akademie Tutzing besucht, die seit elf Jahren mit der Ökumenischen Stiftung an der Universität in Stellenbosch Konferenzen über Grundfragen des Zusammenwachsens der südafrikanischen Gesellschaft durchführt.

Die südafrikanische Provinz Westkap - sie ist die einzige von neun Provinzen, die der Afrikanische Nationalkongress (ANC) nicht regiert - hat ein großes Interesse daran, dass sich die Evangelische Akademie Tutzing und andere Nichtregierungsorganisationen an der weiteren Entwicklung der Gesellschaft und Demokratie in Südafrika beteiligen. Südafrika befindet sich auf dem Weg zur Zivilgesellschaft, hat aber die Schatten der Apartheid noch nicht völlig überwunden. Wohin der Weg zukünftig führen soll, darüber hat Premierministerin *Helen Zille* in ihrem Vortrag gesprochen.



In ihrem Vortrag berichtete Premierministerin *Helen Zille* über ihr politisches Bestreben, ihr Land weiterhin zu demokratisieren.

Axel Schwanebeck

„Wir kämpfen für eine offene, liberale Gesellschaft“

Unmittelbar vor ihrem Besuch in Bayern ist die südafrikanische Politikerin und Anti-Apartheid-Kämpferin in Berlin mit dem Abraham-Geiger-Preis ausgezeichnet worden. Sie habe sich „mit großem Mut und großer Entschlossenheit“ dafür eingesetzt, Südafrika zu einer „vielstimmigen Demokratie“ werden zu lassen, hieß es in der Begründung.



Helen Zille (2.v.r.), Premierministerin der südafrikanischen Provinz Westkap, wurde nachmittags mit einem bayerischen Ständchen am Dampfersteg begrüßt, ehe es zusammen mit dem Direktor der Akademie, *Udo Hahn* (re.), und seinem Vorgänger *Friedemann Greiner* an Bord der MS Bernried ging.

Foto (l.): Haist / Foto (Mitte): Schwanebeck

In seiner Laudatio würdigte der bayerische Ministerpräsident *Horst Seehofer* die Premierministerin als „außergewöhnlichen Menschen“ und „Vorbild für uns alle“. Mit ihrem Charisma, ihrem Mut und mit ihrer Entschlossenheit sei sie die „große Hoffnungsträgerin für ein Südafrika des Aufbruchs“. So hat sich *Helen Zille* auch in der Evangelischen Akademie Tutzing präsentiert, wo sie über politisches Handeln und das Engagement der Zivilgesellschaft im Rahmen von Bayern und Südafrika sprach: „Wir kämpfen für eine offene, liberale Gesellschaft.“

Helen Zille wurde 1951 in Kapstadt geboren. Ihre Eltern stammten aus Essen und Dessau. Wegen ihrer jüdischen Herkunft waren sie von den Nationalsozialisten verfolgt

In einer offenen Gesellschaft, so die Premierministerin, gehe es auch darum, voneinander zu lernen, dass niemand im Besitz der Wahrheit sei. Unterschiedliche Meinungen gelte es zu respektieren und Differenzen auszuhalten. Die Demokratie in Südafrika sei noch instabil und die Konflikte, Probleme und Risiken sind groß, sagte *Helen Zille*. Die Art aber, wie sie von ihrer Heimat sprach, zeugte von ebenso großer Zuversicht, dass sich Südafrika weiter entwickeln kann – und zwar mit Erfolg. ☞

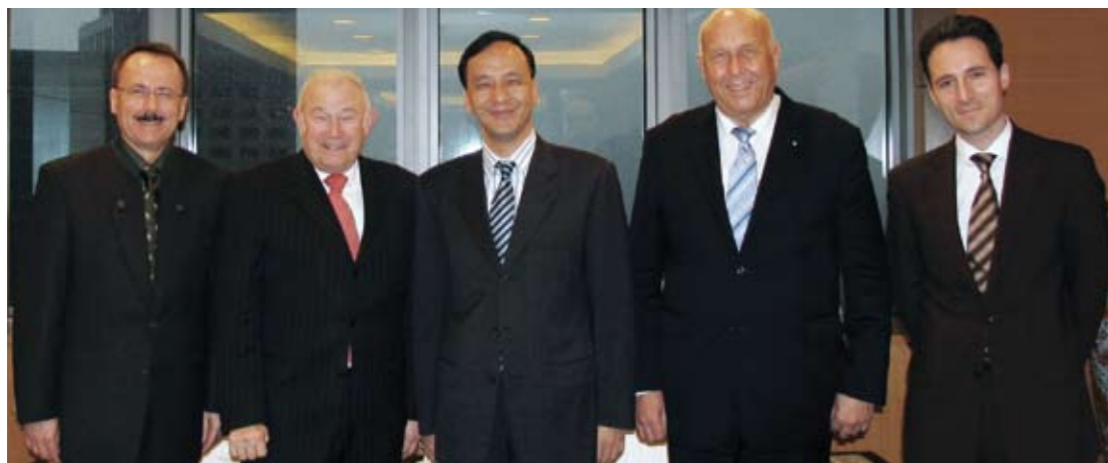
„Einer der Gründe, warum Südafrika einen relativ friedlichen Übergang zur Demokratie vollzogen hat, ist, dass die Apartheid nie die Zivilgesellschaft ganz zerstört hat.“ *Helen Zille*

„Ich hoffe, dass eines Tages, wenn unsere Kindeskindern zurückblicken, wir sagen können, dass das Lernen wechselseitig war, weil wir die Idee der offenen Gesellschaft im Auge behalten haben und nie glaubten, dass wir ein Monopol auf die Wahrheit hatten.“ *Helen Zille*

worden, konnten sich aber nach Südafrika retten. Die Politikerin ist auch eine entfernte Verwandte des Berliner Milieumalers *Heinrich Zille*. Als Journalistin hat sie sich große Anerkennung erworben – u. a. dadurch, dass sie die wahren Umstände um den Tod des Bürgerrechtler *Steve Biko* öffentlich machte. Ehe sie das Amt der Premierministerin in der Provinz Westkap übernahm, war sie von 2006 bis 2009 sie Bürgermeisterin von Kapstadt. Seit 2007 ist sie Vorsitzende der Demokratischen Allianz (DA), die bei den Wahlen 2009 fest siebzehn Prozent verbuchte.

LEITER DES POLITISCHEN CLUBS UND AKADEMIEDIREKTOR BESUCHTEN TAIWAN

Asien ist die bevölkerungsreichste und wirtschaftlich dynamischste Region der Erde. In den westlichen Demokratien wird immer vernehmlicher über Asiens künftige Rolle als Ordnungsmacht in der Welt diskutiert.



Udo Hahn, Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein, Dr. Eric Liluan Chu, Bürgermeister New Taipei City, Dr. Manfred Weiß, MDL, Bayerischer Staatsminister der Justiz a. D., Christian Taubenberger, Bayerische Staatskanzlei (v.l.n.r.).

Auf Einladung des Außenministeriums der Republik China (Taiwan) reisten der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und der Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing Udo Hahn unlängst auf die „Ilha Formosa“, wie Taiwan von Entdeckungsreisenden im 16. Jahrhundert genannt wurde. Dabei galt es, wertvolle Kontakte herzustellen zu einem Land, das zum ganz überwiegenden Teil buddhistisch, konfuzianisch oder taoistisch geprägt ist, in dem es aber an der Ostküste aufgrund holländischer und spanischer Missionierung auch einen sichtbaren christlichen Akzent gibt.

Beckstein, der auch Leiter des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing ist: „Aufgrund seiner stabilen Demokratie, seines klaren Bekenntnisses zu den Menschenrechten und der uneingeschränkten Wahrung der Religionsfreiheit ist Taiwan ein natürlicher Partner der europäischen Staaten im asiatischen Raum. Es ist beeindruckend zu sehen, wie die Regierungen in Peking und in Taipeh ihre ideologischen Differenzen beiseite legen und in der Wirtschaft und im Tourismus eine ganz und gar pragmatische Versöhnungspolitik betreiben. Die Volksrepublik China erkennt Taiwan nicht als souveränen Staat an. Es werden aber über extra zu diesem Zweck eingerichtete Stiftungen Lösungen für gemeinsame

Probleme gefunden und der nachbarschaftliche Kontakt aufrecht erhalten. Diesen Wandel durch Annäherung kennen wir Deutsche aus unserer eigenen Geschichte sehr gut.“

Auch Akademiedirektor Hahn gab sich überzeugt: „Taiwan ist viel zu wichtig, um in Europa nicht oder nur am Rande wahrgenommen zu werden. Die Evangelische Akademie Tutzing wird sich angesichts der Bedeutung Asiens intensiver mit den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Entwicklungen in dieser Region befassen.“ Im Anschluss an eine Begegnung mit dem Bürgermeister von New Taipei City, Dr. Eric Liluan Chu, in der u.a. die seit 1982 bestehende Partnerschaft mit dem Landkreis Starnberg Thema war, sagte Hahn, die Evangelische Akademie Tutzing bringe sich auch hier gerne ein.

Für das Jahr 2010 hat die Republik China (Taiwan) ein Handelsvolumen von 525 Milliarden US-Dollar ausgewiesen. Bei der Herstellung von IT-Produkten belegt das Land weltweit einen vordersten Platz. Im Juli 2011 verfügte Taiwan über Devisenreserven von 400 Milliarden US-Dollar – auch dies ein Platz unter den Top Five in der Welt, den die 23 Millionen Taiwanesen still und stolz für sich verbuchen können. ☞

Foto (l.r.): privat / Foto (re.): privat

Erster „MEDIENTREFF“ im Münchener PresseClub

Die technische Entwicklung der Medien, die Ausweitung des inhaltlichen Angebots auf immer mehr Plattformen und Abspielstationen und das sich verändernde Kommunikationsverhalten stellen eine gesellschaftliche Herausforderung dar, der wir uns nicht entziehen können.

Unter dem Titel „Medientreff im Münchener PresseClub“ startete die Evangelische Akademie Tutzing ein neues Tagungsformat. Die erste Veranstaltung fand abends am 2. November 2011 im PresseClub München e.V. statt. Neben medienethischen Fragen und dem Jugendumweltschutz soll es in dieser journalistischen Gesprächsrunde u. a. auch um die Medienarbeit der Kirche gehen. Der „Medientreff“, der zwei oder drei Mal im Jahr stattfinden soll, will ebenfalls einen Raum der Begegnung und des Austauschs mit Journalistinnen und Journalisten schaffen. Studienleiter Axel Schwanebeck hielt die Ergebnisse der ersten Veranstaltung fest:

Axel Schwanebeck

„Glaube - (K)ein Medienthema!?!“. Eindrücke von dem ersten „Medientreff“

„Wie kommt der christliche Glaube besser in die Medien?“ Mit dieser Frage wandte sich Akademiedirektor Udo Hahn an die Journalistinnen und Journalisten, die sich zu der Auftaktveranstaltung „Medientreff im Münchener PresseClub“ am Mittwoch, den 2. November 2011, in den Räumen des PresseClubs versammelt hatten. Als ausgewiesene Fachleute und kompetente Gesprächspartner saßen auf dem Podium: die Münchner Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler, der Publizist und Herausgeber des Magazins „Cicero“, Wolfram Weimer, sowie der Geschäftsführer der Medien- und Kommunikationsberatungsfirma aserto, Lars Harden, aus Hannover.

Im Grunde genommen ist die Kirche in den Medien eigentlich gut vertreten. „Ostern, Pfingsten oder Weihnachten berichten die Sendeanstalten über christliches Brauchtum“, bemerkte aserto-Chef Lars Harden. Darüber hinaus gebe es in den großen Tageszeitungen Redaktionen, die sich mit kirchlichen Ereignissen beschäftigen, etwa dem Papstbesuch oder den Kirchentagen, der Bischofswahl oder den vielen gesellschaftspolitischen kirchlichen Aktivitäten. Hier sei insbesondere den kirchlichen Nachrichtenagenturen für ihre kontinuierliche Informationsvermittlung großer Dank geschuldet, resümierte Harden.

Kirche zeigt also in den Medien die notwendige Präsenz. Darin waren sich die Diskutanten auf dem Podium einig. Doch um welche Inhalte geht es dabei? Der Publizist Wolfram Weimer sah es kritisch: „Es bringt überhaupt nichts, wenn die Kirche ständig dem Zeitgeist hinterher rennt.“ Besser sei es, wenn die Kirche sich zurückbesinnen würde auf ihr eigentliches Kerngeschäft: die Vermittlung des christlichen Glaubens und der biblischen Botschaft. Auf diesem Gebiet sei die Kirche wirklich gut und sie würde bei der ernststen weltpolitischen Entwicklung hier zukünftig eine immer wichtigere Rolle spielen, ergänzte der Cicero-Herausgeber.

Dem konnte auch der Medienberater Lars Harden zustimmen. „Wenn kirchliche Repräsentanten über den Ausstieg aus der Atomkraft debattieren oder sich zu Fragen von Hartz-4-Empfängern äußern, dann weiß jeder, dass da keine Fachleute auf diesem Gebiet reden.“ Für



Dr. Axel Schwanebeck, „facebook, twitter & co.“ - auch die Kirche steht vor neuen kommunikativen Herausforderungen.“

Regionalbischöfin *Susanne Breit-Keßler* beschrieb zwei Dinge, die die Theologen mit den Journalisten verbinden: die Suche nach der Wahrheit und den Dingen auf den Grund zu gehen.



„Die Kirche soll nicht dem Zeitgeist hinterher rennen, sondern sich auf ihr Kerngeschäft besinnen: die Vermittlung des christlichen Glaubens. Darin ist sie wirklich gut“, resümierte der Publizist und Herausgeber des Magazins „Cicero“, *Wolfram Weimer*, seine Ausführungen.



Prof. Lars Harden, Geschäftsführer der Medien- und Kommunikationsberatungsfirma aserto in Hannover, sieht die Kirche in den Medien gut vertreten. „Über christliches Brauchtum und christliche Großereignisse, etwa die Kirchentage oder den Papstbesuch, wird in allen Medien ausführlich berichtet“, erklärte der Medienberater.



sinnvoller halte er es, wenn die Kirche gerade auch bei Kindern und Jugendlichen, die nach dem Sinn des Lebens fragen, wieder mehr Überzeugungsarbeit leisten würde.

Moderator *Udo Hahn* griff diese Gedanken auf und wandte sich mit der Frage „Was kann denn der Theologe von den Journalisten lernen“ an Regionalbischöfin *Breit-Keßler*. Es seien eigentlich zwei Dinge, die beide Berufssparten miteinander verbänden, stellte die Theologin fest. Zum einen „den Dingen auf den Grund zu gehen“ und zum anderen „die Suche nach der Wahrheit“. Bei der täglichen Umsetzung dieser Aufgaben könnten die Theologen von den Journalisten lernen, „kurz, knackig und präzise zu formulieren und die christliche Botschaft mediengerecht zu vermitteln“, erklärte die Regionalbischöfin.

Akademiedirektor *Hahn* wollte es noch etwas genauer wissen. „Theologen und Journalisten sind Übersetzer. Lässt sich die biblische Botschaft besser übersetzen, vielleicht auch kürzer fassen oder gar auf eine These reduzieren?“. Mit dieser Frage wandte er sich an das Publikum.

Ein älterer Herr, der sich als ehemaliger Chefredakteur einer deutschen Wirtschaftszeitung zu erkennen gab, wies auf das gegenwärtige negative Image insbesondere der katholischen Kirche hin. „Die sexuellen Übergriffe der katholischen Geistlichkeit haben hier großen Schaden angerichtet. Dass die Kirchnaustritte sich mehren, ist kein Wunder“, erläuterte er den Kolleginnen und Kollegen.

Dem konnte ein früherer kna-Redakteur ebenfalls zustimmen und verwies auf den Reformationstag. „Heute weiß kein Kind und kein junger Mensch mehr, was am 31. Oktober geschah“. „Doch“, ertönte es aus den hinteren Rängen des PresseClubs: „Es spielte der 1. FC Bayern gegen Leverkusen.“ Allgemeines Gelächter erfüllte den Raum. Doch bei aller Erheiterung konnte dem Ernst der zuvor gemachten Bemerkung nicht ausgewichen werden. „Kinder haben heute zu wenig Religionsunterricht in der Schule“, beklagte *Norbert Matern*, der Ehrenvorsitzende des Münchner PresseClubs. Dem konnte auch der Publizist *Wolfram Weimer* nur beipflichten, denn als er früher noch mit seiner Familie in Potsdam gewohnt habe, seien von den Mitschülern seiner Kinder bereits 85 Prozent nicht mehr getauft worden.

Was also ist zu tun? Regionalbischöfin *Susanne Breit-Keßler* verbreitete zum Abschluss der Veranstaltung etwas Mut und Hoffnung, indem sie auf ihre Begegnungen mit Kleinkindern in kirchlichen Kindergärten hinwies: „Es ist schon ein Wunder, mit anzuschauen, mit welcher Begeisterung die Kinder kirchliche Lieder singen, tanzen und kirchliches Brauchtum zelebrieren.“ Die Kinder seien das Fundament der Kirche. „Jesus waren die Kinder besonders wichtig“, erklärte *Breit-Keßler* und zitierte den Bibelforscher: „Lasst die Kinder zu mir kommen und wehret ihnen nicht; denn solchen gehört das Reich Gottes.“

Fotos (li.): Schwerfänger / Fotos (re.): Düren

6. Tutzingen Schülerakademie

NACHHALTIGKEIT IN EUROPÄISCHER REALITÄT



In allen Workshops wurde intensiv und engagiert gearbeitet.



Heinz Zak, einer der bekanntesten Extrembergsteiger, Slackliner und Bergführer, war ursprünglich als Lehrer tätig, bis er schließlich die Fotografie und das Klettern zu seinem Beruf machte. Den Tutzingen Schülern erklärte er, wie man vom Traum zur Tat kommt.



Schubumkehr - mit neuesten Energien voraus: der Tesla, der erste Elektro-Sportwagen weltweit, von *Kai Howaldt*.

Nachhaltigkeit!

Der Begriff scheint allgegenwärtig zu sein. Man begegnet ihm nicht nur in Fernsehsendungen und Zeitungsartikeln, sondern auch in der Schule und manchmal ebenso in der Freizeit. Doch was bedeutet ‚Nachhaltigkeit‘ eigentlich genau? Dieser Frage ging die Tutzingen Schülerakademie näher auf den Grund. In selbst organisierten Studientagen befassten sich die Jugendlichen mit dem facettenreichen Begriff der Nachhaltigkeit.

Wie wird unsere Gesellschaft für alle gerechter? Wie schütze ich unsere Umwelt? Was kann ich tun, um die Erde für unsere Nachfahren lebenswert zu erhalten? Antworten auf diese Fragen wollten die Schülerinnen und Schüler in sechs unterschiedlichen Workshops für sich erarbeiten, unterstützt von Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Lesen Sie nachfolgend die zusammengefassten Resultate:

Gabriele Beulke, Jakob Thebe, Pia Amann

„... muss nur noch kurz die Welt retten!“

Was genau verbirgt sich hinter dem Begriff „Nachhaltigkeit“? Mit dieser Frage beschäftigten sich auch in diesem Jahr Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Tutzing in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing zu ihren Studientagen zum Thema „Nachhaltigkeit in europäischer Realität“.

Herr Dr. *Jochen Wagner*, Studienleiter an der Evangelischen Akademie, *Klaudia Balke* und *Gabriele Beulke* vom Gymnasium Tutzing leiteten die Veranstaltung. *Jakob Thebe* und *Roberta Randerath* führten von Seiten der Schüler durch die drei Seminartage.

Insgesamt 23 Tutzinger Gymnasiasten hatten sich in ihrem P-Seminar drei Halbjahre lang in sechs Arbeitsgruppen mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt.

Die Resonanz auf diese Veranstaltung war in diesem Jahr so groß, dass bereits zwei Wochen vor dem eigentlichen Anmeldeabschluss alle Plätze für die externen Teilnehmer ausgebucht waren. Flyer wurden an alle bayerischen Gymnasien geschickt, um auf diese Veranstaltung aufmerksam zu machen.

So konnte Frau Prof. Dr. *Julia Lechner*, Leiterin des Kulturreferats der Stadt Nürnberg, zu ihrem Eröffnungsvortrag knapp 100 Schülerinnen und Schüler aus ganz Bayern zu ihrem Vortrag „Kultur, nachhaltig und visionär zugleich in einer globalen Welt“ begrüßen.

Im Anschluss an diesen Vortrag stellten die verschiedenen Arbeitsgruppen im Auditorium der Akademie in einer großen Runde ihre Themen für die nächsten beiden Tage vor. Mit Referenten und eigenen Präsentationen sollte zu folgenden Themen gearbeitet werden:

- 1 Mit SWAG (Solar-Wind-Aqua-Geothermie) 2.0 in eine bessere Zukunft
- 2 Ideale Schule - eine Utopie
- 3 Ökosoziale Marktwirtschaft - mit gutem Gewissen in die Zukunft?
- 4 Nachhaltige Ernährung
- 5 Zukunft der Religion
- 6 Tier- und Artenschutz

Nach der Begrüßung durch Herrn Oberstudiendirektor *Thomas Franz*, Schulleiter Gymnasium Tutzing und Herrn Akademiedirektor *Udo Hahn*, Evangelische Akademie Tutzing, wurde in den Arbeitsgruppen mit den eingeladenen Referenten gearbeitet.

1 Mit SWAG (Solar-Wind-Aqua-Geothermie) in eine bessere Zukunft

Naturkatastrophen, Atomunglücke ... Die Stimmen, die einen Umstieg fordern, werden immer lauter und zahlreicher. Doch sind erneuerbare Energien wirklich *Die Lösung*?

Frau *Birgit Baidl*, vom Ziel 21 in Fürstfeldbruck, berichtete darüber, wie sich erneuerbare Energien in einem kleinen Landkreis etablieren können.

Herr Prof. Dr.-Ing. *Mauch*, von der Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. in München, berichtete über das Potenzial und die Einsetzung von erneuerbaren Energien in Bayern.

In gemeinsamen Diskussionen brachten die Teilnehmer eigene Meinungen, Wünsche und Ideen ein. Zudem wurde auch noch darauf eingegangen, wie der Einzelne selbst seinen kleinen Teil für eine bessere Zukunft leisten kann. DENN - Jede(r) kann etwas bewirken.

Frau *Anne Hüttisch*, Goldschmiedemeisterin aus München, konnte die Schüler mit einem Exkurs über die Nachhaltigkeit des Goldes mit eindrucksvollen Bildern und vielen neuen Erkenntnissen rund um das Thema Gold verzaubern.

Herr *Kai Howaldt*, Howaldt Energies Feldafing, stellte seine Ideen mit dem Motto „... muss nur noch kurz die Welt retten“ einer Geschäftsidee zum Thema alternative Energien vor. Da ist wirklich was zu retten - wurde allen Schülern klar.

2 Ideale Schule – eine Utopie? Wie sieht die Schule von Morgen aus?

Nach einer Analyse des jetzigen Systems, rückte die Diskussion über Änderungen und über den Kompromiss zwischen Wunschvorstellung und Realisierbarkeit in den Vordergrund. Hierbei unterstützte der Referent Professor Dr. *Johano Strasser*, PEN-Präsident Deutschland. Seine Message lautete „Rabat zu machen“, also Meinung zu äußern und so für Veränderung zu sorgen.

Monika Wernz, Vorsitzende des Sudbury Vereins München, informierte mit ihrem anschaulichen Vortrag über das freie demokratische Schulsystem der Sudbury Schulen, welches weltweit immer mehr Anklang findet.

Nach diesem Einblick in bestehende Systeme, wurden positive und negative Aspekte herausgearbeitet, um eine ganz persönliche Idealvorstellung zu kreieren und diese möglicherweise in Teilbereichen auch in unser Schulsystem zu integrieren.

3 „Schluss mit Kapitalexpansion und unbegrenztem Wachstum“ – so lautete der Leitfaden der Gruppe Ökosoziale Marktwirtschaft.

Herr *Ludwig Ascher* und Frau Dr. *Monika Streck* von der Flughafen München GmbH stellten ihre sehr fortgeschrittene Arbeit zum Thema Nachhaltigkeit eines großen Unternehmens vor. Der Geschäftsführer einer nachhaltigen Unternehmensberatung, Herr *Ulrich Merkes*, Vineta GMBH München, konnte praxisnahe Beispiele für eine gesamte nachhaltige Unternehmensführung mit dem Ziel hoher Lebensqualität und ökologischem Gleichgewicht geben. Dabei wurde auch auf die möglichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung hingewiesen. Die Forstwirtschaftlerin Dr. *Eva Krause* erläuterte am Beispiel der Papierproduktion aus Holz die vielfältigen zu beachtenden Faktoren, um eine Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

4 Nachhaltige Ernährung

Diese Gruppe beschäftigte sich mit den ökologischen und sozialen Aspekten einer fairen und umweltfreundlichen Ernährung. Die Ökotrophologin *Beate Löw-Schneyder* verschaffte der Gruppe einen generellen Überblick zum Thema regionale Nachhaltigkeit. Unter dem Motto „Wir werden praktisch“ versuchte die Gruppe heraus zu finden, ob man wirklich einen Unterschied zwischen Bioprodukten und Billigware schmecken kann. Der Großteil der Testpersonen hat die bessere Qualität eindeutig herausgeschmeckt. Die drei Tage intensiven Arbeitens hat die Gruppe die Vorteile einer nachhaltigen Ernährung dargestellt und die meisten überzeugt, in Zukunft mehr auf „Fair Trade“ und Bioprodukte zu achten.

5 Zukunft der Religionen

Zunächst wurden in dieser Gruppe Religionskonflikte erörtert. Ausladende Diskussionen führten zu Lösungsansätzen wie eine Überarbeitung des Religionsunterrichts in der Schule, um ein gegenseitiges Verständnis zu schaffen. Allgemein wurde es für sinnvoll gehalten, die interreligiöse Kommunikation auch auf höherer Ebene zu fördern um einen respektvollen Umgang und Toleranz zu schaffen. Prof. Dr. *Armin Kreiner*, Lehrstuhl für Fundamental-

theologie, München, referierte über die Entwicklung und Folgen der Neurotheologie, welche sich mit dem Zusammenhang zwischen Strömungen im menschlichen Gehirn und Gotteserfahrungen beschäftigt. Letztlich kam die Gruppe zur Schlussfolgerung, dass weder der Beweis noch der Gegenbeweis für die Existenz Gottes belegbar ist. Doch: Muss diese Frage denn überhaupt geklärt werden?

6 Menschen und Tiere - Freunde, Verwandte oder doch Täter und Opfer?

Die Schüler rund um das Thema Tier- und Artenschutz hatten sich mit dem Slogan „wehe dem Mensch, wenn auch nur ein Tier im Weltgericht sitzt“ Fachleute zum Thema Tierschutz eingeladen und auf die Zahl der leidenden und sterbenden Tiere mit Nachdruck hingewiesen. „Wie können wir einen passiven oder aktiven Beitrag zum Tierschutz leisten?“ war eines ihrer Anliegen. „Es gibt nichts Gutes - außer man tut es!“ war die Quintessenz dieser Gruppe.

Insgesamt waren alle sehr zufrieden mit dem Verlauf der Tagung. Oberstudiendirektor *Thomas Franz* war von der Qualität der Veranstaltung begeistert, konnte er zum Abschluss der Tagung an der Präsentation der Gruppenergebnisse beiwohnen.

Besonders erfreulich für die Veranstalter waren auch in diesem Jahr die geplanten Projekte, die aus dieser Tagung hervorgegangen sind. Unter anderem seien gemeinsame Veranstaltungen mit der Evangelischen Akademie zu den Themen Nachhaltige Ernährung und Ideale Schule geplant. Die Gruppe SWAG wird einen Leitfaden zum Energiesparen für Schüler herausgeben.

Ein großer Dank an die Evangelische Akademie Tutzing als Partner dieses P-Seminars, den Sponsoren und Herrn *Reinhold Metzner*, Schirmherr, ohne deren großzügige Unterstützung diese Veranstaltung nicht hätte stattfinden können. ☺

(Näheres zu dieser Veranstaltung finden Sie unter www.schuelerakademie-tutzing.de.)



Foto: Pressestelle Bayer, Umweltministerium

Das Gymnasium Tutzing darf sich auch heuer „Umweltschule in Europa“ nennen.

Die Schüler *Anna-Sally Westermann*, *Melissa Jacoby*, *Maximilian Lirutti* und *Pia Ammann*

und ihre Lehrerin *Gabriele Beulke* nahmen von Umweltminister Dr. *Marcel Huber* (r.) die Auszeichnung entgegen. Themen der im Oktober stattgefundenen Schülerakademie – ein Projekt des Gymnasiums Tutzing und der Evangelischen Akademie Tutzing – wurden für den Wettbewerb eingereicht und prämiert. Mit Schülern aus Norwegen, Italien, Belgien und Frankreich haben die Gymnasiasten Wissen und Meinungen zur sparsamen Umgang mit Wasser und Strom im Haushalt ausgetauscht.

IN EIGENER SACHE

Neuer Medizinethik-Studienleiter

Frank Kittelberger

Pfarrer *Frank Kittelberger* (57) wurde vom Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern als neuer Studienleiter für das Referat „Medizin- und Bioethik, Gesundheitspolitik und Spiritual Care“ an der Evangelischen Akademie Tutzing berufen. Er ist Nachfolger von Pfarrer Dr. *Christoph Meier*, der Ende März letzten Jahres in den Ruhestand trat. *Frank Kittelberger* wird seinen Dienst zum 1. März 2012 in der Akademie aufnehmen.



Frank Kittelberger, Studienleiter Medizinethik

Frank Kittelberger studierte Evangelische Theologie in Erlangen und Tübingen. Er arbeitete u. a. zehn Jahre als Krankenhausseelsorger, davon drei Jahre in den USA, sowie in der Altenheimseelsorge. Er ist Trainer, Gruppenanalytiker und Lehrsupervisor. Zur Zeit hat er die Pastoralpsychologische Pfarrstelle bei der Hilfe im Alter gemeinnützige GmbH der Inneren Mission München mit den Schwerpunkten Spiritualität, Palliative Care, Ethik und Seelsorge inne. Er unterrichtet u. a. an Fachschulen für Alten- und Krankenpflege und nimmt Lehraufträge an Fachhochschulen und Universitäten wahr. Er berät Einrichtungen der Altenpflege in Fragen der Organisationsethik und der Integration von Palliativversorgung. Er ist stellv. Vorsitzender des Bayerischen Hospiz- und Palliativverbandes (BHPV) und Autor zahlreicher Publikationen zu Themen von Palliative Care und Ethik im Gesundheitswesen. ☞

Auszeichnung

Tutzinger Löwe



Akademiedirektor *Udo Hahn* überreichte in Begleitung seiner Frau *Sabine Rüdiger-Hahn* den „Tutzinger Löwen“ an Landesbischof *Johannes Friedrich*.

Landesbischof *Johannes Friedrich* wurde mit dem „Tutzinger Löwen“ ausgezeichnet. Er ist nach den Politikern Helmut Kohl und Hildegard Hamm-Brücher, dem Physiker Carl-Friedrich von Weizsäcker sowie dem früheren bayerischen Landesbischof Hermann von Loewenich die fünfte Persönlichkeit, die mit dieser Bronzeplastik geehrt wird.

Die Evangelische Akademie Tutzing vergibt die nicht dotierte Auszeichnung nach den Worten ihres Direktors, *Udo Hahn*, als „Zeichen der freundschaftlichen Verbundenheit mit unserem Haus“. Der „Tutzinger Löwe“ stehe darüber hinaus für Toleranz und Weltoffenheit.

Landesbischof *Friedrich*, der auch Schirmherr der „Stiftung Schloss Tutzing“ ist, erhielt den Preis im Rahmen seiner Verabschiedung aus dem Bischofsamt am 9. Oktober 2011 in München. ☞

Südafrika

Ein neuer Kooperationsvertrag mit Südafrika

Die Evangelische Akademie Tutzing (EAT) und das Institute for Theological & Interdisciplinary Research der Ecumenical Foundation of Southern Africa (EFSA) haben einen Vertrag über Partnerschaftliche Beziehungen geschlossen. Die Vereinbarung wurde vom Direktor der EFSA, Dr. *Renier Koegelenberg* (Stellenbosch), und dem Direktor der Evangelischen Akademie Tutzing, Pfarrer *Udo Hahn*, am Rande der Einführung von Landesbischof Professor Dr. *Heinrich Bedford-Strohm* in Nürnberg unterzeichnet. *Bedford-Strohm*, der mit der EFSA bereits Konsultationen durchführte, begrüßt diese Partnerschaft.



Am Rande der Einführung von Landesbischof *Heinrich Bedford-Strohm* unterzeichneten *Renier Koegelenberg* (Stellenbosch) (li.) und Akademiedirektor *Udo Hahn* (re.) den neuen Kooperationsvertrag.

Koegelenberg und *Hahn* würdigten die gewachsenen Beziehungen zwischen beiden Institutionen und freuen sich auf die Intensivierung der Zusammenarbeit. „EFSA und EAT teilen miteinander ihre Erfahrungen und Einsichten in der gesellschaftspolitischen Arbeit und in den Bildungsaufgaben beider Einrichtungen“, so Dr. *Koegelenberg*. „Die Partnerschaft bezieht sich auf alle Ebenen unserer jeweiligen Aktivitäten. Wir werden Sorge tragen, dass sie in allen Bereichen mit Leben erfüllt wird und wir die Beziehung als Bereicherung erfahren im wechselseitigen Geben und Nehmen“, hob *Hahn* hervor.

Wie *Udo Hahn* weiter ausführte, will die Evangelische Akademie Tutzing die EFSA beim Aufbau einer eigenständigen festen Einrichtung in Südafrika unterstützen und sich aktiv an der Gewinnung von Spenden und Fördermitteln für dieses Projekt beteiligen. ☞

Amtseinführung

Judith Stumptner

Am Freitag, den 25. November 2011, wurde Frau *Judith Stumptner* in ihr neues Amt als Studienleiterin für den Bereich ‚Kunst, Kultur, Bildungspolitik und Pädagogik‘ im Rahmen eines festlichen Gottesdienstes eingeführt. Aus dem Grußwort des Vorsitzenden des Freundeskreises, Professor Dr. *Hans-Joachim König*, nachfolgend ein Auszug:

Liebe Frau *Stumptner*,

zunächst überbringe ich Ihnen im Namen von Herrn Prof. Dr. *Gunther Wenz*, dem Vorsitzenden des Kuratoriums, die herzlichsten Grüße des Kuratoriums verbunden mit allen guten Wünschen für Ihre verantwortungsvolle Tätigkeit hier an der Akademie. Die Mitglieder des Kuratoriums freuen sich einhellig, dass mit Ihnen diese so wichtige Stelle wieder kompetent besetzt ist. Sie betreuen ja einen Bereich, dessen Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung in unserer heutigen, auf schnell greifbare und vor allem ökonomisch messbare Ergebnisse ausgerichteten Welt leider häufig unterschätzt wird, eben weil seine Ergebnisse erst langfristig wirken und sichtbar werden. Wir wünschen Ihnen also auch Ausdauer und Geduld.



Amtseinführung von *Judith Stumptner* im Kreise der Kollegen, Freunde und Familie.

Mit dem Kuratorium werden Sie zwar nicht direkt zu tun haben, Sie können aber gewiss sein, dass es Ihre Arbeit hier an der Akademie wohlwollend unterstützt. Direkte können Sie es mit dem Freundeskreis und mir als dessen Vorsitzendem zu tun haben. In dieser Eigenschaft überbringe ich Ihnen nun die nächsten Grüße und Glückwünsche zu Ihrem Dienstantritt. Wir wünschen Ihnen alles Gute und eine glückliche Hand bei der Auswahl und Durchführung Ihrer Veranstaltungen. Wie Sie wissen, sind die Studienleiter und die ehrenamtlichen Freundeskreisleiter zwar keine direkten Kollegen, aber mit unseren Aktivitäten verfolgen wir dieselben Ziele und sprechen ein ähnliches Publikum an. Und aus dieser Gemeinsamkeit ergaben sich in den letzten Jahren mit Ihrer Vorgängerin Frau Dr. *Terlinden* bisher sieben erfolgreiche Kooperationsanstaltungen zu gesellschaftsrelevanten Themen aus Theater und Musik.

So wie Ihrer Vorgängerin möchte ich auch Ihnen die Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis in Form von Kooperationsveranstaltungen anbieten. Ich bin gespannt auf die „neuen Wege“, die Sie gehen wollen, und ich freue mich auf die Fortsetzung der bisherigen Zusammenarbeit und auf gute Begegnungen mit neuen Ideen. Im Namen des Freundeskreises wünsche ich Ihnen noch einmal von Herzen alles Gute, viel Freude in Ihrer Tätigkeit und natürlich viel Erfolg. ☞

NACHRICHTEN AUS DEM FREUNDESKREIS



„Liebe Frau *Dietzfelbinger*, Sie waren im örtlichen Freundeskreis Bayreuth eine „Frau der ersten Stunde“ und halten ihm bis heute die Treue. Sie sind eines der Gründungsmitglieder des FK-Bayreuth, der im März 1988 seine Tätigkeit in Bayreuth aufnahm. Sie wirkten viele Jahre ehrenamtlich im Leiterteam für den Freundeskreis und fungierten dort als „Schatzmeisterin“. Sie haben mit dazu beigetragen, dass der Freundeskreis Bayreuth im Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V. einen festen Platz im kulturellen Leben der Stadt Bayreuth einnimmt. Dafür danken Ihnen der örtliche Freundeskreis und der Gesamtfreundeskreis sehr herzlich. Sehr gern hat der Vorstand den Antrag der jetzigen Leiter *Hildegard* und *Klaus Gollner* aufgenommen und verleiht Ihnen in Würdigung Ihrer Verdienste um den Freundeskreis Evangelische Akademie Tutzing e.V. das Freundeskreiszichen. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute und Gottes Segen.“

Freundeskreis in Landshut: Wechsel im Leiterteam

Mit Ende des Jahres 2011 hat sich das Ehepaar *Heide* und *Dr. Friedrich Bruckner* nach fünfjährigem großen Engagement aus dem Landshuter Leiterteam zurückgezogen. Ab Januar 2012 wird das Ehepaar *Angela* und *Holger Peters* im Leiterteam mitwirken. Auf der Adventsveranstaltung des FK-Landshut am 28. November 2011 dankte der Vorsitzende des Freundeskreises Prof. Dr. *Hans-Joachim König* dem scheidenden Ehepaar *Bruckner* für seinen ehrenamtlichen Einsatz, hieß die Nachfolger willkommen und wünschte ihnen eine beglückende Arbeit im Freundeskreis.

Bayerntag in Kronach (23. - 24.6.2012)

„...und will zur schönen Sommerszeit ins Land der Franken fahren.“ Mit diesen Worten von Victor von Scheffel laden wir herzlich ein zum Bayerntag nach Kronach, der Geburtsstadt von Lucas Cranach d. Ä.

Nähert man sich von Süden der 1000-jährigen Altstadt mit der über ihr thronenden Festung „Rosenberg“, ist die Neugier auf das bei Führungen zu Entdeckende geweckt. Neben den Objektführungen ist bei der Festung die Besichtigung der „Fränkischen Galerie“, dem Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums, zu nennen. Sie bietet mit dem Schwerpunkt Spätgotik bedeutende Kunstwerke des fränkischen Raums. Heuer bekommt sie eine Partnerin in Form der Bayernausstellung des Hauses der Bayerischen Geschichte zum Thema „Festungen – Frankens Bollwerke“.

Für die Kreisstadt mit ihrem vielfältig strukturierten Landkreis haben verschiedene Referenten zugesagt, die Probleme, mit denen der Grenzlandkreis in Bayerns Norden zu kämpfen hatte bzw. hat,

Verleihung des Freundeskreiszichens an Frau Luise Dietzfelbinger

Am 26. November 2011 verlieh der Freundeskreis an die neunzigjährige *Luise Dietzfelbinger*, langjähriges Mitglied im Leiterteam des FK-Bayreuth, die Auszeichnung. Dazu schrieb der Vorsitzende des Freundeskreises, Prof. Dr. *Hans-Joachim König* u.a.:



Verleihung des Freundeskreiszichens an *Frau Luise Dietzfelbinger*
In Vertretung von *Herrn Professor Dr. König* überreichen das Ehepaar *Klaus* und *Hildegard Gollner* der Jubilarin das Freundeskreiszichen.

darzustellen und ergriffene Maßnahmen zur Bewältigung derselben aufzuzeigen.

Für Gäste, die gut zu Fuß sind, ist als Beitrag zur deutschen Geschichte nach Kriegsende, also der deutschen Teilung, die Begehung eines Teilstückes des „Grünen Bandes“, also ehemaligen DDR-Grenzstreifens, zu empfehlen.

Nicht zuletzt freut sich die evangelische Kirchengemeinde Kronach auf den Bayerntag. Sie feiert das 150-jährige Jubiläum ihrer Kirche und wird – eingebettet in ein abendliches kleines Kirchenkonzert – Bemerkenswertes aus ihrer Geschichte vermitteln.

Zum Schluss wiederholen wir vom Leitungsteam des örtlichen Freundeskreises unsere Einladung und bitten Sie, sich wie die Scholaren in Scheffels Frankenlied auf den Weg zu machen – diesmal nach Kronach. (*Helfried Förster, Richard Fuchs, Manfred Raum*)

Sommertagung: Reformation und Musik (7. - 9.9.2012)

„Reformation und Musik“. Unter dem Jahresthema der Lutherdekade für das Jahr 2012 spürt die Sommertagung der eindrucksvollen Geschichte evangelischer Kirchenmusik, ihrer Bedeutung für die Reformation, dem Stellenwert der Musik in der Frömmigkeit und der Wirkung protestantischer Musikkultur in Kirche und Gesellschaft nach.

Studienreisen des Freundeskreises

Schatzkammern des Wissens und Glaubens - Klosterbibliotheken

In einer Reihe von drei Reisen werden die bedeutendsten Klosterbibliotheken Österreichs, Deutschlands und der Schweiz unter fachkundiger Führung besucht. Die erste führt vom 7.-13.5.2012 nach Österreich.

Seit jeher gehören Bibliotheken zu den wichtigsten Kulturträgern. Sie bewahren und fördern den Wissensschatz und das Erbe ganzer Generationen. Sie beherbergen Werke der Geistesgeschichte, der Naturwissenschaften und – vor allem im europäischen Mittelalter – der Frömmigkeit und religiösen Beschäftigung.

Die Handschriften, Bibeln und Codices, die eine wichtige Rolle sowohl im geistigen (religiösen), als auch im weltlichen Leben gespielt haben, sollen vom Geist des Wissens, der Bildung, Erziehung und damit von der Bedeutung der Klöster und der Herrscher bedecktes Zeugnis ablegen. In den klösterlichen Skriptorien entstanden zur Ehre Gottes die einzigartigen, mit prachtvollen Buchmalereien geschmückten Handschriften, die mit ihrer überzeitlichen Strahlkraft noch heute die Betrachter in ihren Bann ziehen. Darüber hinaus geht es auch um die Menschen, die die Bücher aufbewahrt, gesammelt und gelesen haben, sowie um diejenigen, die diese Sammlungen veranlasst und bezahlt haben. Sie runden das Bild der Dokumente und Monumente geistiger Strukturen und Prozesse ab.

Nicht nur die Bibliotheken und Klöster allein, auch ihre Einbettung in die Landschaft und Umgebung lassen die Reise u.a. nach Admont, Kremsmünster (Tassilokelch), Lambach, Voralpe, Melk und Göttweig zu einem bleibenden Erlebnis werden. (*Bernhard Bach*)

Johann Sebastian Bach und 800 Jahre Thomanerchor

**Eine außergewöhnliche Reise:
Auf den Spuren Johann Sebastian Bachs in Thüringen und Sachsen und des Thomaner Chores an seinem 800. Geburtstag
Unter diesem Motto steht eine musikalische und kunsthistorische Bus-Reise des Freundeskreises vom 2. - 9.6.2012.**

Wir begeben uns auf Spurensuche zu den Lebens- und Wirkungsstätten des großen Komponisten in Thüringen und Sachsen sowie zu den den Zeitgeist prägenden Orten berühmter Komponisten und Persönlichkeiten. Wir besuchen das Eröffnungskonzert zum Bachfest anlässlich des 800-jährigen Jubiläums des Thomaner Chors in der Thomaskirche, ein Konzert im Gewandhaus in Leipzig und haben musikalische Überraschungen unterwegs. Wir werden in Gotha und Leipzig unsere Hotels haben.

So führt uns unser Reiseweg nach: Eisenach, Wartburg, Gotha, Wechmar, Dornheim, Arnstadt, Mühlhausen, Naumburg, Schulpforta, Leipzig, Halle, Merseburg, Bad Lauchstädt, Störmthal und Lützen. Es sind Orte, die für das Leben von Johann Sebastian Bach prägend waren und ihm Inspiration und Kraft vermittelten, sein großes musikalisches Werk zu schaffen. Zugleich sind sie auch Zeugen von eindrucksvoller kunst- und zeitgeschichtlicher Bedeutung für Macht und Glauben.

Verlauf und Organisatorisches der Reise im Einzelnen entnehmen Sie bitte unserem hierzu erscheinenden Folder. Er wird Anfang des neuen Jahres erscheinen und jenen Interessenten übersandt, die der Geschäftsstelle ihr Interesse hierfür annonciert haben. Er wird auch über die Homepage des Freundeskreises ins Internet gestellt und in der Akademie ausgelegt. Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! (*Dieter Felgentreu*)

Turin und Piemont

**Eine Studienreise zur Geschichte und Kunst der Stadt
und Region vom 1. - 7.10.2012**

Die Geschichte der Stadt reicht bis ins 1. Jahrhundert v. Christus zurück. Kelten und Römer hinterließen hier ihre Spuren, wie das streng rechtwinklige Straßenraster der Innenstadt noch heute das römische Castrum erahnen lässt. Kriege, Belagerungen, fremde Herrscher prägten in den folgenden Jahrhunderten die Geschehnisse der Stadt und Region. Im 13. Jhd. eroberten die Savoyer Turin. 1861 wird Turin, allerdings nur für vier Jahre, Hauptstadt des vereinigten Königreichs Italien.

Lernen Sie eine Stadt der Kontraste kennen: Einerseits ist Turin einer der wichtigsten Industriestandorte Norditaliens, seit über 100 Jahren für die Automobilindustrie, für berühmte Verlage, dann für Textil- und Modefirmen und Genussmittelhersteller. Andererseits birgt sie unendlich viele Kultur- und Kunstschatze: Den Dom, als einziges Zeugnis der Renaissance, barocke Paläste mit nobler Grandezza, einmalige Museen und Galerien, traditionsreiche Kaffeehäuser, an denen sich nicht nur Nietzsche begeisterte.

Ein Besuch des Aosta- und Susatals, mit ihren zahlreichen römischen und mittelalterlichen Bauwerken und des Städtchens Pinerolo, mit der Waldenserkirche, runden die Studienreise ab. (*Eveline Kuthe*)

Publikationen



Martin Held, Gisela Kubon-Gilke,
Richard Sturn (Hg.)

**Normative und institutionelle
Grundfragen der Ökonomik.**
Jahrbuch 9. Institutionen ökologischer
Nachhaltigkeit.

Metropolis Verlag, Marburg 2011,
295 Seiten, € 29,80 / Best.-Nr.: 6835



Martin Held, Gisela Kubon-Gilke,
Richard Sturn (Hg.)

**Normative und institutionelle
Grundfragen der Ökonomik.**
Jahrbuch 10. Ökonomik in der Krise.

Metropolis Verlag, Marburg 2011,
303 Seiten, € 29,80 / Best.-Nr.: 6836



Michael Schröder,
Axel Schwanebeck (Hg.)

**Qualität unter Druck.
Journalismus im Internet-Zeitalter**

Nomos Verlag, Baden-Baden 2010,
193 Seiten, € 19,80 / Best.-Nr.: 2764

Impressum

Herausgeber:
Evangelische Akademie Tutzing
Direktor Udo Hahn
Schlossstr. 2+4, 82327 Tutzing
Redaktion:
Dr. Axel Schwanebeck (verantwortlich)
T.: 08158 / 251-112
F: 08158 / 99 64 22
schwanebeck@ev-akademie-tutzing.de
Art Direktor:
Patrick Märki / Silke Streppelhoff
Verlag:
Evangelischer Presseverband für Bayern e.V.
Vorstand:
Dr. Roland Gertz
Birkerstr. 22, 80636 München
Druck:
ulenspiegel druck gmbh
birkenstraße 3
82346 andechs
T: 08157 / 99 75 9 – 0
F: 08157 / 99 75 9 – 22
Erscheinungsweise:
vierteljährlich
Die Tutzinger Blätter erhalten Sie zu folgenden
Konditionen:
Einzelheft: 3,00 Euro;
Jahresabonnement: 10,- Euro.
Konto-Verbindung:
Kto.-Nr.: 10 30 531,
Blz.: 520 604 10,
bei:
Evangelische Kreditgenossenschaft eG,
Kassel

Hiermit bestelle ich:

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik
Jahrbuch 9. Institutionen ökologischer Nachhaltigkeit Exemplare

Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik
Jahrbuch 10. Ökonomik in der Krise Exemplare

Qualität unter Druck. Journalismus im Internet-Zeitalter Exemplare

Anrede

Vorname Name

Straße / Nr. Ort

Land

Telefon E-Mail

Datum Unterschrift

Bitte
ausreichend
freimachen

Antwort

Evangelische Akademie Tutzing
z. Hd. Frau Baumert
Postfach 1227
82324 Tutzing

Andacht

Geistvoll sprudelndes Leben

Liebe Tutzinger Freunde und nach alter Weise dabei immer wie selbstverständlich mit genannten Freundinnen!

Der paradiesisch schöne stille weite See hier vor dem Schloss und der Besuch bei dem stürzend Kraft spendenden Schwall aus dem Walchensee in den Kochensee haben mir für die kurze Besinnung am heutigen Morgen ein Wort nahe gelegt, das vom Wasser handelt.

Im Johannesevangelium Kapitel 7 Vers 38 steht im Luthertext zu lesen: „Wer an mich glaubt, wie die Schrift sagt, von dessen Leib werden Ströme lebendigen Wassers fließen.“

An diesem Satz, den Jesus bei Johannes spricht, erweist sich bei näherem Hinsehen manches als rätselhaft. Allein schon das Bild in dieser Aussage übt eine irritierende Faszination aus; denn es beflügelt die Fantasie, wie es wohl darzustellen wäre. Auch lässt sich der angegebene Bezug auf ein vorausgehendes Wort der Heiligen Schrift nicht wirklich finden. Der Satz ist in seiner Formulierung einzigartig in der Bibel.

Und der Begriff Leib, der hier verwendet wird, koilia, kann nicht konkret gemeint sein, wie an anderen biblischen Stellen, wo er verschiedene innere Kanäle des menschlichen Körpers bezeichnet oder auch den Mutterleib. Es muss hier um das seelische Innere des Menschen gehen. Das Innere, aus dem der Glaube mitreisende Strömung freisetzt.

Doch halt, so eine starke Aussage kann sich nach Meinung namhafter evangelischer Theologen nur auf Jesus selbst, den Erlöser, beziehen, und nicht einfach auf Hörende, nicht auf alle an ihn Glaubenden. Die Textkritik lässt wohl auch diese andere Auslegung zu, die von der katholischen Einheitsübersetzung übernommen ist. Dagegen gesteht die relativ neue „Bibel in gerechter Sprache“ den sprudelnden Reichtum wieder betont „allen“ an Jesus Glaubenden zu, statt ihn auf Jesus selbst zu beziehen. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass der Vers, so wie der ganze Abschnitt, in den er eingebettet ist, erst in späteren Handschriften auftaucht.

Ungeachtet solcher Deutungsschwierigkeiten möchte ich das Bibelwort so einfach betrachten, wie es oft bei Einsegnungen und Ordinationen in ein kirchliches Amt zugesprochen wird. Denn nicht nur in solchem Rahmen will es von der Sorge befreien, fremden Ansprüchen oder auch höheren Erwartungen an sich selbst das Wasser reichen zu können. Vertrauen auf Gott soll wirksam werden gegen verkrampftes Bemühen, mit dem eigenen, vielleicht sogar äußerlich selbstsicheren Auftreten auch seelisch Schritt halten zu können. Der christliche Glaube empfiehlt sich damit als hilfreiches Mittel gegen jämmerlich empfundene Defizite oder beängstigende Leere im eigenen Inneren. Er verspricht, das Reservoir der seelischen Kraft so reich zu füllen, dass es geradezu überfließen muss. Er befreit von einem kleinlichen Klammern an den eigenen Vorteil, das letztlich noch ärmer werden lässt. Typisch für die evangelische

Botschaft dieses Wortes ist, dass sie allen zu Gute kommt. Denn denen, die Christus vertrauen, bleibt eigentlich gar nichts anderes übrig, als von dem, was sie selbst tief innerlich froh macht, weiter zu reichen. Der Geist Gottes drängt darauf.

Er ist, wie das materielle Wasser, dazu ausgerichtet, sich von der Höhe in alle möglichen Niederungen auszubreiten, um möglichst viele Menschen mit seiner lebenserhaltenden Kraft zu versorgen. Wenn wir als Christen wirklich nach oben offen bleiben, dann kann Kirche nicht ein frommes Sammelbecken höherer Weisheit sein, sondern nur eine Rinne für den hindurch stürzenden Bergbach göttlicher Liebe, die wir ausbauen und deren Segen wir in sinnvolle Richtungen weiterleiten können. Wobei es gelegentlich durchaus auch ratsam sein kann, Stationen der Besinnung am Uferand wahrzunehmen. Die lebendige Bewegung des Strömens wird dadurch nicht gehemmt. Selbst der große ruhende Starnberger See hat Zufluss und Abfluss.

Ich habe das biblische Wasserwort aber nicht nur der oberbayerischen Naturschönheit und wilden Naturgewalt wegen ausgesucht, sondern auch noch aus einem anderen Grund. Habemus episcopum! Und zwar einen, der kurz nach seiner Wahl öffentlich gesagt hat: „Wie können wir den Menschen zeigen, dass es eine Lust ist, Christ zu sein? Das geht nur, wenn wir uns selbst begeistern lassen und das auch zum Ausdruck bringen.“

Ich weiß nicht, ob Sie im folgenden Lied mit Inbrunst die Zeile mitsingen können: „Ich singe dir mit Herz und Mund, Herr, meines Herzens Lust...“. Oder ob Sie sich eher wiedergefunden haben in den Worten des Eingangspsalms: „Es dürstet meine Seele nach dir, Gott, mein ganzer Mensch verlangt nach dir, aus trockenem dürren Land, wo kein Wasser ist.“ Das Wort aus dem Johannesevangelium will uns je nach dem bestätigen oder stärken: „Wer an mich glaubt, von dem werden Ströme lebendigen Wassers fließen.“

Lassen wir uns in jedem Fall, weiterhin oder neu, ermutigen, aus dem Pool der Jesusfreundlichkeit zu schöpfen, nein vielmehr noch, der Fließkraft des heiligen Geistes uns offen zu halten. Dann wird die Unterstützung von oben mit Vehemenz durch uns hindurchgehen und weiterdrängen auf andere Menschen zu. Und dieser Impuls wird nicht nur zu psychischer Unterstützung führen, sondern auch zu materieller Hilfe, je nachdem, was im Einzelfall lebensnotwendiger von uns erwartet und gebraucht wird.

Mit der biblischen Zusage vom Überfluss göttlicher Energie für die, die auf Jesu Botschaft vertrauen, wünsche ich Ihnen heute Morgen für Ihre Arbeit im Tutzinger Freundeskreis und ganz persönlich ein von Gott mit Zuversicht erfülltes Herz und dessen frische Ausstrahlungskraft. ☞

(Morgenandacht von Pfarrerin i.R. Heide Wunderer)